

„Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung, nachhaltig und unter Achtung der Umwelt hergestellt. Sie ist das Recht auf Schutz vor schädlicher Ernährung. Sie ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und der transnationalen Konzerne. Sie verteidigt das Wohlergehen kommender Generationen und bezieht sie ein in unser vorsorgendes Denken. Sie ist eine Strategie des Widerstandes und der Zerschlagung derzeitiger Handels- und Produktionssysteme, die in den Händen multinationaler Konzerne liegen. Die Produzierenden sollen in ihren Dörfern und Ländern ihre Formen der Ernährung, Landwirtschaft, Vieh- und Fischzucht selbst bestimmen können. Ernährungssouveränität stellt lokale und nationale Wirtschaft und Märkte in den Mittelpunkt. Sie fördert bäuerliche Landwirtschaft, Familienbetriebe sowie den traditionellen Fischfang und die Weidewirtschaft. Erzeugung, Verteilung und Verbrauch der Lebensmittel müssen auf sozialer, wirtschaftlicher und umweltbezogener Nachhaltigkeit beruhen. Ernährungssouveränität fördert transparenten Handel, der allen Völkern ein gerechtes Einkommen sichert und den Konsument*innen das Recht verschafft, ihre Nahrungsmittel zu kontrollieren. Sie garantiert, dass die Nutzungsrechte auf Land, auf Wälder, Wasser, Saatgut, Vieh und Biodiversität in den Händen jener liegen, die das Essen erzeugen. Ernährungssouveränität bildet und stützt neue soziale Beziehungen ohne Unterdrückung und Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, Völkern, ethnischen Gruppen, sozialen Klassen und Generationen.“ *Nyeleni-Deklaration 2007*

DIE ZEIT IST REIF FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT!



„Das moderne Lebensmittelsystem wurde von einer Handvoll privilegierter Menschen geschaffen. Ernährungssouveränität besteht darauf, dass dies illegitim ist, weil die Gestaltung unseres Gesellschaftssystems nicht das Privileg von Wenigen, sondern das Recht von Allen ist.“ *Raj Patel*

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT!

KASSA BE VERKAUF

VON DER FABRIK

LEBENSMITTEL ABGABE

EINFACH TOLL, DIESES ANGEBOT

KÖRNDLBAUERIN

KARTOFFELBAUER

HÜNER ZUCHTER

KÖRNDLBAUER

Impressum

Die Broschüre ist für einen freien Beitrag zu erstehen (Richtwert: 2,00 €).

Die Einkünfte dienen der Bezahlung der Broschüre und kommen weiteren Projekten bzgl. Ernährungssouveränität zugute.

Zu Bestellen bei AgrarAttac: agrarattac@attac.at

Online unter:

<http://www.viacampesina.at>;

<http://community.attac.at/agrarattac.html>;

<http://gbw-wien.at>



Creative Commons Lizenz

Juni 2011

Herausgeberin: Grüne Bildungswerkstatt Wien

Redaktion: Magdalena Heuwieser und Franziskus Forster

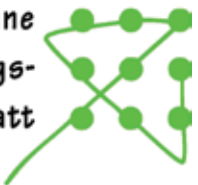
Layout: Katharina Forster

Zeichnungen: MUCH Unterleitner
(Abdruck mit freundlicher Genehmigung von der ÖBV)

Druck: Rema-Print

Vielen Dank für die freundliche Unterstützung:

die grüne
bildungs-
werkstatt
wien



ÖBV
via campesina austria

%attac

Gefördertes Sonderprojekt der
Österreichischen HochschülerInnenschaft.



Gefördertes Sonderprojekt der
HochschülerInnenschaft an der
Universität Wien.



Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität!

Editorial

Alle Menschen müssen essen. Das Recht auf Nahrung steht allen Menschen zu und doch wird es vielen verwehrt. Um die Zukunft der Ernährung wird derzeit heftig gerungen. Weltweit treten soziale Bewegungen für Ernährungssouveränität ein: Eine „Welt ohne Hunger“, das Gute Leben für alle ist die Perspektive.

Ernährungssouveränität ist eine wichtige Antwort von sozialen Bewegungen weltweit auf die soziale und ökologische Krise. Es geht um nichts Weniger, als eine neue, demokratische Gestaltung unseres Agrar- und Lebensmittelsystems. Das erste globale Nyeleni-Forum zu Ernährungssouveränität fand 2007 in Mali statt. Wir haben auf der Rückseite der Broschüre einen Auszug aus der daraus entstandenen Deklaration, sowie die sechs Prinzipien auf Seite 24, abgedruckt. Deutlich wurde damals die Notwendigkeit, dass es auch in Europa eine starke Bewegung braucht, da gerade hier großer Veränderungsbedarf besteht. Deshalb findet heuer in Österreich das erste europäische Nyeleni-Forum statt (www.nyelenieurope.net).

In diesem Kontext entstand auch diese Broschüre, die die schon bestehenden Bewegungen bei uns sichtbar machen und zu ihrer Stärkung beitragen will.

Wir hoffen, dass diese Sammlung von Ideen, Ansatzpunkten und Alternativen spannende Einblicke ermöglicht, Horizonte erweitert und nicht zuletzt auch motiviert. Auf den letzten Seiten befinden sich darum einige Literaturhinweise und Links zum weiterlesen, vernetzen und aktiv werden.

Konkret wurde die Broschüre über das Redaktionsteam der Grünen Bildungswerkstatt Wien (GBW) ermöglicht. Wir danken der finanziellen Unterstützung der GBW, der Österreichischen Hochschüler*innenschaft, Attac Österreich und der ÖBV-Via Campesina Austria. Ein großes Dankeschön möchten wir auch den Autor*innen der Artikel aussprechen, welche allesamt als Bäuerinnen und Bauern, Aktivist*innen oder Wissenschaftler*innen aus der Bewegung für Ernährungssouveränität kommen oder ihr nahe stehen. Auch bei der Layouterin möchten wir uns für die kreative Gestaltung bedanken. Ernährungssouveränität jetzt!

Die Redaktion, Wien im Juni 2011

Franziskus Forster und Magdalena Heuwieser sind aktiv in der Bewegung für Ernährungssouveränität, studieren Internationale Entwicklung in Wien und sind Teil des Redaktionsteams der GBW.

ES WAR EINMAL EIN
RIESIGER GÜTIGER WELTKONZERN
DER NUR DAS BESTE FÜR DIE
MENSCHEN WOLLTE



INHALTSVERZEICHNIS	
ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT: GLOBALIZE STRUGGLE! GLOBALIZE HOPE!	
EINLEITUNG	3
KLEINBÄUER*INNEN ERNÄHREN DIE WELT	
EIN PLÄDOYER GEGEN DIE INDUSTRIELLE MASSENPRODUKTION	6
KRISEN, DIE IMPERIALE LEBENSWEISE UND DARÜBER HINAUS	
KRISENURSACHEN UND GEGENSTRATEGIEN SOZIALER BEWEGUNGEN	8
FÜR DAS RECHT ZU GEHEN UND RECHT ZU BLEIBEN	
ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT UND GLOBALE BEWEGUNGSFREIHEIT ZUSAMMEN DENKEN	11
DER PREIS DER FALSCHEN SPIELREGELN	
DIE ROLLE VON STEIGENDEN NAHRUNGSMITTELPREISEN UND HUNGERREVOLTEN	14
SUPER MARKT?	
WARUM SUPERMÄRKTE NICHT SO SUPER SIND, WIE SIE HEISSEN	16
CSA – GEMEINSAM SOLIDARISCH LANDWIRTSCHAFTEN	
COMMUNITY SUPPORTED AGRICULTURE AM BEISPIEL VOM GÄRTNERHOF OCHSENHERZ	18
ZWISCHEN KAROTTEN, WIDERSTAND UND AUTONOMIE	
DAS INNENLEBEN EINER WIENER FOOD-COOP	20
...UND IN DER STADT?	
WARUM ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT UND DAS RECHT AUF STADT ZUSAMMENGEGEHÖREN	22
6 PRINZIPIEN DER ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT	
ZUSAMMENFASSUNG AUS DEM NYELENI-BERICHT	24
NOT ONLY GAPS IN THE GAP	
FÜR EINE RADIKALE REFORM DER GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN AGRARPOLITIK	26
GLEICHE RECHTE AM BAUERNHOF?!	
ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT GEHT NICHT OHNE DAS ENDE DER GEWALT GEGEN FRAUEN ...	28
BIOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT = BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT?	
DIE PERSPEKTIVE DER AGRAR-ÖKOLOGIE	30
ES RAPPELT IM KARTON DER FESTUNG	
JUNGE MENSCHEN IN DIE LANDWIRTSCHAFT! „RECLAIM THE FIELDS“ UND DAS HOFKOLLEKTIV WIESERHOISL STELLEN SICH VOR	32
LITERATUR, LINKS, KONTAKTE	
ZUM WEITERLESEN, VERTIEFEN UND AKTIV WERDEN	35



Ernährungssouveränität: Globalize Struggle! Globalize Hope!

Machen wir ein kleines Gedankenexperiment: Stellen wir uns vor, wir haben eine Glaskugel vor uns, die uns über einen Zauber ermöglicht, die konkreten Geschichten zu sehen, die in Lebensmitteln enthalten sind. Nicht nur die abstrakten wie „Lebensmittelkilometer“ oder auch den „ökologischen Fußabdruck“, obwohl die auch sehr wichtig sind. Nein, die wirkliche Geschichte der Dinge.

Wir könnten die konkreten Personen sehen, die an ihrer Herstellung beteiligt sind. Auch diejenigen, die erstere versorgen, während sie diese Dinge herstellen. Und diejenigen, die dadurch zu kurz kommen, weil diese Dinge auf diese Art und Weise hergestellt, verteilt und konsumiert werden.

Es würde sichtbar, wie weit und vielfältig unser Lebensmittelsystem mit unterschiedlichsten Erfahrungen, sowie mit Ungleichheit weltweit verwoben ist: zwischen Geschlechtern, zwischen Klassen, zwischen Nord und Süd, zwischen ethnischen Gruppen. Es würde auch sichtbar, wie sehr wir selbst darin verstrickt sind. Es würde sichtbar, dass nicht nur unermessliche „externalisierte ökologische Kosten“ damit verbunden sind, sondern eben auch konkrete Menschen, die in dem System aber ausgeschlossen und unsichtbar gemacht werden. Kurzum: Es würde die fundamentale soziale und ökologische Krise sichtbar werden, in der das Agrar- und Lebensmittelsystem derzeit steckt. Es würde sichtbar werden, dass diese Krise sehr viel mit dem bestehenden Wirtschaftssystem zu tun hat. Und dass im Zentrum dessen Macht- und Herrschaftsverhältnisse stehen.

Welche Lebensmittel sollen produziert werden, von wem, unter welchen Bedingungen, wie,

warum und für wen? Das sind entscheidende Zukunftsfragen. Die Menschen, die Betroffenen, die in dieser Glaskugel erscheinen, sollten dabei etwas zu sagen haben, sollten mitbestimmen und mitgestalten können. Genau das fordert Ernährungssouveränität ein. Das ist Voraussetzung dafür, dass Lebensmittel produziert werden, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, anstatt Nahrungsmittel als Waren aus dem Interesse heraus zu produzieren, Profite zu machen. Dadurch sind aktuell ein Sechstel der Menschen aus diesem System ausgeschlossen: Sie können sich das Essen ganz einfach nicht leisten.

Es ist heute offenkundig, dass es nichts weniger als einen Paradigmenwechsel im Lebensmittelsystem braucht. Die ökologischen, sozialen und energetischen Bilanzen sind negativ: „Weiter wie bisher ist keine Option“, stellt der Weltagrarbericht in äußerst klaren Worten fest. Es ist nun klar, dass die bloße „Mitbestimmung über das Supermarktregal“ bei weitem nicht ausreicht. Geschweige denn, auch noch darüber mitzuentcheiden, wie das Lebensmittelsystem denn nun aussehen soll.

Das Gleiche gilt für Kleinbäuerinnen und -bauern, für Landlose, für Tagelöhner*innen und viele mehr. Diese Menschen haben viel zu wenig zu sagen in diesem System – doch geht es gerade um ihre, um unsere, Zukunft. Gefordert ist eine umfassende politische und ökonomische Demokratisierung.



Ernährungssouveränität jetzt!

Ernährungssouveränität ist das Recht von Menschen, über die Art und Weise der Produktion, der Verteilung und der Konsumtion von Lebensmitteln selbst zu bestimmen. Es geht um die Eröffnung eines umfassenden demokratischen Prozesses in Bezug auf diese entscheidenden Zukunftsfragen. Dabei ist das Konzept nicht einfach mit „Ernährungssicherheit“ gleichzusetzen, da hier jene Fragen ausgeblendet bleiben, die Ernährungssouveränität gerade ins Zentrum rückt: Im Verlauf der Geschichte der Landwirtschaft wurden unter „Ernährungssicherheit“ jene Politiken vorangetrieben, die in die gegenwärtige Krise geführt haben.

Das Konzept der Ernährungssouveränität zielt auf die Schaffung der Voraussetzungen für wirkliche Ernährungssicherheit für alle. Und dieser Prozess muss von den direkt Betroffenen selbst ausgehen. Das Konzept wurde Mitte der 1990er-Jahre von der weltweiten Kleinbäuerinnen- und -bauern-Organisation La Via Campesina entwickelt und versucht, Gestaltungsspielräume für eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Zukunft anzueignen und dafür immer mehr Menschen einzubeziehen, um damit einem neuen System im wahrsten Sinne des Wortes „den Boden zu bereiten“.

Um das zu erreichen, braucht es nicht einfach mehr Nahrungsmittel. Es braucht ein anderes Lebensmittelsystem, eine andere Form der

Verteilung, die nicht den Großteil der Ressourcen dafür verwendet, möglichst viel in Richtung „kaufkräftige Nachfrage“ zu befördern. Es braucht ein Lebensmittelsystem, das nicht die Zerstörung kleinbäuerlicher, nachhaltiger Landwirtschaft und damit Armut und Hunger laufend produziert. Es braucht eine Landwirtschaft, die vielfältig, lokal angepasst und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist.

Mit der globalen Bewegung für Ernährungssouveränität ist ein Prozess der kontinuierlichen Ausarbeitung und Weiterentwicklung des Konzepts verbunden. Es geht darum, auf einer partizipativen Basis das Lebensmittelsystem neu zu denken und neu zu gestalten. Dieser Prozess ist zentral. Ernährungssouveränität ist kein fertiges Modell für die Welt. Es ist nicht die Sache einer „Regierung“, die eine Definition vorlegt, wie all das ablaufen soll. Zentral ist vielmehr die Tatsache, dass wir uns darin einbringen und uns daran beteiligen.

Die Bedeutung von Ernährungssouveränität heute

Wie lässt sich Ernährungssouveränität denn nun verwirklichen? Diese Frage zu beantworten, ist gar nicht so leicht. Die Antworten darauf fallen vielmehr so unterschiedlich aus wie die jeweiligen Handlungskontexte der Beteiligten. Diese Broschüre macht viele Beispiele sichtbar.

Jedoch ist auch die Tragweite des Konzepts in historischer Hinsicht zu betonen: Diese bringt der Historiker Jim Handy wahrscheinlich am besten auf den Punkt: „Ich möchte mein Gefühl der Ehrfurcht vor dem ungeheuren Ausmaß des Wandels ausdrücken, auf das das Konzept der Ernährungssouveränität abzielt. Ernährungssouveränität fordert nicht nur ein bestimmtes Entwicklungsmodell heraus, fordert nicht nur eine besonders schlimme Form des Neoliberalismus heraus und schlägt nicht nur einen neuen Rechkatalog vor. Vielmehr zielt sie auf einen grundlegenden Wandel an der Basis der modernen Gesellschaft. Die moderne Gesellschaft basierte auf einer Reihe von Ausschlüssen, Enteignungen und Einhegungen, die grundlegend für die Entstehung und die Ausweitung des Kapitalismus waren. Diese Ausschlüsse waren in erster Linie und zuerst am Land und in der Landwirtschaft zu spüren. Kapitalismus bedeutete die Scheidung der Produzent*innen von jeglichem Recht auf die von ihnen produzierten Waren und schloss diese Waren in immer größeren, immer getrennteren, immer mehr monopolisierten und immer destruktiveren Märkten ein. Ernährungssouveränität fordert all das heraus, gerade weil sie fordert, all jenes neu zu denken, was im Zentrum dieses Übergangs stand; sie fordert

uns auf, dass wir Nahrungsmittel nicht nur bloß als Ware behandeln, wo der Zugang zu und die Produktion von Nahrungsmitteln über den Markt geregelt wird. Sie verlangt vielmehr, dass wir die sozialen Verbindungen erkennen, die im Produzieren, im Konsumieren und im Teilen von Nahrungsmitteln enthalten sind. In diesem Prozess wird sie alles verändern.“

Ernährungssouveränität fordert uns heraus, die Beziehungen zwischen Ernährung, Landwirtschaft und Natur, sowie ihre Rollen in der Gesellschaft neu zu bestimmen. Aber der vielleicht revolutionärste Aspekt von Ernährungssouveränität liegt darin begründet, dass sie uns herausfordert, die Beziehungen zwischen uns allen zu hinterfragen: Das ist die Basis dafür, die Dinge dann tatsächlich anders zu sehen und anders zu gestalten. Ganz ohne Zauber. Dadurch ist Ernährungssouveränität ein Weg, um den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel anzugehen, der sich in Zeiten der globalen sozial-ökologischen Krise aufdrängt. Globalize Struggle! Globalize Hope!

Franziskus Forster ist Aktivist bei AgrarAttac.



Kleinbäuer*innen ernähren die Welt

*Kleinbäuerliche Landwirtschaft ist nicht nur nachhaltiger, sondern oft auch produktiver als agroindustrielle Massenproduktion. Damit aber auch in Zukunft Bäuer*innen (und nicht Konzerne) die Welt ernähren, muss Ernährungssouveränität an die Stelle des Freihandelsdogmas treten.*



Angesichts mehr als einer Milliarde hungernder Menschen (und gleichzeitig einer Milliarde Übergewichtiger weltweit) ist es höchste Zeit, dass wir uns alle Gedanken machen, welches Lebensmittel- und Agrarsystem wir brauchen und wollen. Soll und wird es in Zukunft überhaupt noch Bäuer*innen geben? Welchen Platz in unseren Gesellschaften, was für eine Rolle sollen und wollen Bäuer*innen einnehmen? Diese Auseinandersetzung darf nicht den Regierungen, den transnationalen Konzernen und Institutionen wie der Welthandelsorganisation und schon gar nicht einer dem Wettbewerbsdogma verfallenen (Agrar-)Wissenschaft überlassen werden. Denn diese nehmen die seit 2008 periodisch wiederkehrende „Ernährungskrise“ zum Anlass, altbekannte Lösungsvorschläge auszugraben. Produktivitätssteigerung mittels Technologieeinsatz heißt die Devise, eine „Neue Grüne Revolution für Afrika“ (AGRA) wird beschworen, einer weiteren Liberalisierung des Agrarhandels das Wort geredet. Bevölkerungswachstumsprognosen und kolportierte Horrorszenerarien dienen dazu, der Agroindustrie samt Gentechnik und Großgrundbesitz Tür und Tore zu öffnen. Die vorgeschlagenen Rezepte zur Bewältigung der Krisen bezwecken eine Fortsetzung und

Beschleunigung der bisherigen Politik – einer Politik, die nach Ansicht vieler bäuerlicher und sozialer Bewegungen den aktuellen Zustand maßgeblich verursacht hat.

„Bäuerliche Landwirtschaft kann angesichts des Bevölkerungswachstums die Welt nicht ernähren.“ Dieser Einwand ist in der Wissenschaft und der öffentlichen Meinung weit verbreitet. Wie aber kommen wir dazu, diese Vorbehalte einfach so vom Tisch zu wischen? Zunächst einmal könnten wir fragen: Wer ernährt die Welt denn jetzt? In großen Teilen der Welt ist es nämlich nach wie vor die kleinbäuerliche Landwirtschaft. 2,6 Milliarden Menschen leben hauptsächlich von landwirtschaftlichen Tätigkeiten. 85% der etwa 525 Millionen Bauernhöfe weltweit bewirtschaften weniger als zwei Hektar Land. Die Kleinbäuer*innen bauen den größten Teil aller weltweit produzierten Lebensmittel an. Dabei soll gar nicht bestritten werden, dass die Produktivität der Landwirtschaft in vielen Regionen gesteigert werden müsste.



Doch dazu brauchen Kleinbäuer*innen Zugang zu Märkten, Transportmöglichkeiten, Wasser, Krediten und Saatgut und vor allem auch Aus- und Weiterbildungsangebote.

Mit relativ geringem Aufwand, dem Einsatz von agroökologischen Methoden und dem Zugang zu geeignetem, regional angepasstem Saatgut könn(t)en enorme Produktivitätszuwächse erreicht werden.

Kleinbäuer*innen machen mehr aus ihrem Land

Verschiedene Studien zeigen, dass diversifizierte kleine Betriebe weitaus produktiver sind als große Farmen mit Monokulturen. Der herkömmliche Produktivitätsbegriff, der nur auf den Ertrag einer einzelnen Kultur oder die Produktionsleistung pro Arbeits- oder Kapitaleinheit abzielt, lässt nämlich wesentliche Faktoren außer Acht. Zieht mensch Effizienz- und Produktivitätskriterien heran, die alle eingesetzten Produktionsfaktoren berücksichtigen (d.h. neben Arbeitskraft und Kapital auch Energie, Dünger und Wasser) und die zudem den Gesamtertrag des Betriebs analysieren, dann schneiden kleine Betriebe in der Mehrzahl der Fälle besser ab als große. Dies rührt daher, dass Kleinbäuer*innen dazu tendieren, „das meiste aus ihrem Land zu machen“, dass sie also Zwischen- und Mischkulturen anbauen, ihre Fruchtfolgen optimieren und jeden Winkel ausnützen. Zudem produziert nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft weit mehr als einen bestimmten Ertrag pro Einheit: Sie erzeugt Agrobiodiversität und fruchtbare Böden. erhält die genetische Vielfalt von Nutztieren und -pflanzen, beliefert uns mit gesunden Lebensmitteln, fördert regionale Vermarktungsstrukturen, bewahrt die kulturelle Vielfalt und schafft Arbeitsplätze.



Hunger durch Freihandel

Damit Kleinbäuer*innen die Welt ernähren und ihre vielfältigen gesellschaftlichen Leistungen erbringen können, braucht es aber einen grundlegenden Paradigmenwechsel. Insbesondere ab dem Inkrafttreten des WTO-Abkommens über die Landwirtschaft 1995 wurden zahlreiche Staaten, die ihre Bevölkerungen zuvor selbst ernähren konnten, gezwungen, ihre Handelsschranken abzubauen. Als US-amerikanische und europäische Produkte mithilfe von Exportförderungen und anderen Subventionen zu Dumpingpreisen auf die geöffneten Märkte strömten, verloren hunderttausende Bäuer*innen ihre Existenzgrundlage. Eine Abkehr vom neoliberalen Dogma des Freihandels ist somit die Voraussetzung für das Überleben der bäuerlichen Landwirtschaft weltweit. Es bedarf einer grundlegenden Umorientierung der weltweiten Agrar-, Handels- und Entwicklungspolitik, weg von der „heiligen Kuh Weltmarkt“ und hin zur Gewährleistung des Menschenrechts auf Nahrung und zu Ernährungssouveränität.

Irmi Salzer ist Kleinbäuerin und arbeitet bei der ÖBV-Via Campesina Austria.

Krisen, die imperiale Lebensweise und darüber hinaus...

Was Ursachen der aktuellen Krisen sind, wo es an der Krisenbearbeitung hakt und welche Rolle soziale Bewegungen dabei haben, erläutert Markus Wissen im Gespräch mit der Redaktion.

Was verstehst du unter „multipler Krise“?

Das heißt erstens, dass Krisenphänomene in verschiedenen Bereichen zeitlich zusammenfallen: in den Bereichen Ernährung (Steigerung der Nahrungsmittelpreise), Energie (tendenzielle Erschöpfung fossiler Energieträger, v.a. Öl), Ökologie (v.a. Klimawandel) und Wirtschaft/Finanzen (die – siehe Griechenland – nur scheinbar überwundene Krise seit 2008). Der zweite Punkt ist, dass es einen Zusammenhang zwischen den Krisenphänomenen gibt, sowohl bei der Verursachung, als auch bei der Bearbeitung.

Welche Zusammenhänge siehst du in der Verursachung der verschiedenen Krisenphänomene?

Die Energiekrise ist eine Krise der tendenziellen Verknappung von Erdöl, dessen Verbrennung wiederum den Klimawandel vorantreibt. Wenn Erdöl teilweise durch Agrartreibstoffe ersetzt wird, dann werden die Preise für landwirtschaftliche Produkte unmittelbar von den Preisbewegungen auf den Energiemärkten beeinflusst. Außerdem nimmt die Flächenkonkurrenz zwischen der Agrartreibstoffproduktion und der Erzeugung von Lebensmitteln zu. Allgemein steigt die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie Mais, Zuckerrohr oder Palmöl, aus denen sich nicht nur Lebensmittel, sondern auch Agrartreibstoffe herstellen lassen.

Worin liegt die aktuelle Bedeutung von Agrartreibstoffen?

Das „Agrofuels-Projekt“, wie es der Agrarsoziologe Philip McMichael nennt, suggeriert eine win-win-Konstellation. Mit ihm sollen verschiedene Erscheinungsformen der multiplen Krise gleichzeitig bearbeitet werden. Hier sehen wir also den Zusammenhang bei der Bearbeitung der Krisenphänomene. Das Agrofuels-Projekt verspricht, die Energiekrise durch neue, nachwachsende Energieträger zu überwinden, die gleichzeitig eine klimafreundliche Form der Mobilität ermöglichen. Außerdem bietet es profitable und scheinbar sichere Anlagemöglichkeiten für Geldkapital nach dem Platzen der Immobilienblase. Darauf deutet zumindest das Engagement von großen Finanzinvestor*innen und Banken im Landwirtschaftsbereich hin, das allerdings nicht nur in der Agrartreibstoffproduktion, sondern auch in der Erzeugung von Lebensmitteln zu beobachten ist.

Was wird bei der Krisenbearbeitung gegenwärtig ausgeblendet?

Es wurde in jüngerer Zeit zunehmend Kritik an den sozial und ökologisch hoch problematischen Wirkungen des Agrofuels-Projekts



(Vertreibungen, Monokulturen, indirekt auch Waldrodungen) geübt und von staatlichen Akteur*innen durchaus auch wahrgenommen. Allerdings hat das nicht zu einer grundlegenden Veränderung geführt. Ausgeblendet bleibt dabei die zentrale Problemursache, nämlich die fossilistischen Produktions- und Konsummuster, wie sie vor allem in den Ländern des globalen Nordens vorherrschen und den Kern einer imperialen Lebensweise bilden: die Normalität des Autofahrens, der Billigflüge, des hohen Fleischkonsums und Energieverbrauchs. Solange diese nicht in Frage gestellt werden, sondern so getan wird, als könne mensch sie ökologisch modernisieren, wird sich die multiple Krise für einen großen Teil der Weltbevölkerung weiter verschärfen.

Was verstehst du genau unter „imperialer Lebensweise“?

Das ist ein Begriff, mit dem Ulrich Brand und ich arbeiten. Imperial ist die Lebensweise des globalen Nordens, weil sie einen tendenziell unbegrenzten Zugriff auf Arbeitskraft, Ressourcen und Senken (z.B. Wälder) in anderen Teilen der Welt voraussetzt. Sie ist nicht verallgemeinerbar sondern hoch exklusiv, weil sie ein Außen braucht, auf das sich ihre sozialen und ökologischen Kosten verlagern lassen. Zu diesem Außen gehören Menschen im globalen Süden, etwa afrikanische Kinder, die aus europäischem Elektronikschrott unter Einsatz ihrer Gesundheit die noch verwertbaren Teile herausklauben; zu ihm gehören auch die Ökosysteme im globalen Süden, denen die Ressourcen zur Herstellung unserer Konsumgüter entnommen werden und die als Schadstoffsenken unsere CO₂-Emissionen teilweise absorbieren. Derzeit erleben wir, dass sich die Ober- und Mittelklassen in den Schwellenländern die Lebensweise

des globalen Nordens zu eigen machen. Damit nimmt die Konkurrenz um die globalen Senken, Ressourcen und Arbeitskräfte zu. Das ist eine der Konfliktkonstellationen, die die Sackgasse begründet, in der sich die Klimaverhandlungen derzeit befinden.

Was meinst du mit „Konsummestern“? Individuellen Konsum?

Ich meine damit nicht individuelle Lebensstile, sondern tief in den Alltagspraktiken der Menschen verankerte und von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen gestützte Orientierungen. Das bedeutet auch, dass individuelle Verhaltensänderungen nicht der einzige Ansatzpunkt sein können. Sie sind zweifellos wichtig, aber es müssen auch die gesellschaftlichen Verhältnisse verändert werden, die sozial und ökologisch destruktive Verhaltensmuster hervorbringen. Das wird nicht ohne Verteilungskonflikte möglich sein, denn die fossilistischen Konsummuster sind nicht nur im Nord-Süd-Verhältnis, sondern auch im Hinblick auf unsere Gesellschaften alles andere als sozial neutral. Die meiste Energie wird von den Mittel- und Oberklassen verbraucht, und nicht von den Unterklassen. Es sind die Oberklassen, die sich Luxusgeländewagen leisten können. Ärmere Haushalte verfügen gar nicht über die Mittel, um auf diese Weise CO₂ in die Luft zu blasen und andere Menschen zu gefährden. Außerdem gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede im Energieverbrauch, und zwar derart, dass im globalen Norden durch die Konsummuster von Männern mehr CO₂ emittiert wird als durch jene von Frauen.

Was wären stattdessen Ansatzpunkte für soziale Bewegungen oder auch mögliche Projekte, um den Problemkern angehen zu können?

Eben diese Phänomene zu politisieren, ist eine wichtige Aufgabe von sozialen Bewegungen. Es geht darum, darauf hinzuweisen, dass effiziente Klimapolitik oft nicht da betrieben wird, wo Klimapolitik draufsteht. Die laufenden Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll sind primär Geo- und Wirtschaftspolitik, es geht um die machtförmige Neujustierung des Verhältnisses zwischen Nord und Süd. Wirksame Klimapolitik setzt voraus, dass die fossilistischen Konsum- und Produktionsmuster politisiert werden, dass die Normalität des Autofahrens, des hohen Fleischkonsums, der industriellen Landwirtschaft nicht mehr als solche anerkannt wird, sondern ihre Macht- und Herrschaftsförmigkeit, ihre soziale und ökologische Destruktivität sichtbar gemacht wird, und dass mensch für eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse streitet. Und da passiert natürlich auch sehr viel.

So politisiert die Bewegung für Ernährungssouveränität die ökologische Krise in ihrem Problemerkern, und nicht nur die ökologische Krise, sondern auch die Wirtschaftskrise. Denn eine sozial und ökologisch gerechte Landwirtschaft, eine dezentralisierte und demokratisierte Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energien und ein Ausbau des öffentlichen Personen- und Gütertransports schaffen gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze. Es geht darum, die Frage der Suffizienz, also danach, was wir zu einem guten Leben brauchen, gegenüber Effizienzstrategien und solchen der ökologischen Modernisierung zu stärken. Hierin sehe ich eine entscheidende Aufgabe von kritischer Wissenschaft und sozialen Bewegungen.

Markus Wissen lehrt und forscht am Institut für Politikwissenschaften an der Universität Wien.



Für das Recht zu gehen und das Recht zu bleiben

Zu Ernährungssouveränität gehört auch die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit

„Wenn das Gold von Mali nach Europa geschafft wird, zirkuliert es frei, wenn das Petroleum aus Kongo oder das Uran aus dem Niger nach Europa soll, ist es plötzlich möglich, dass es frei zirkuliert! Wenn es um Coltan aus dem Kongo geht, um damit Computer zu bauen, ja dann kommt es ohne Probleme nach Europa, selbst in die USA kommt es! Nur die Menschen können sich nicht frei bewegen.“

Klarer könnte es Victor Nzuzi, Bauer und Aktivist aus der D.R. Kongo, kaum aussprechen. Das Zitat stammt aus einem Interview, das Nzuzi in der nord-malischen Kleinstadt Niore du Sahel gab, nahe der mauretanischen Grenze. An diesen Ort wurden während der letzten beiden Jahrzehnte tausende Migrant*innen, die auf dem Weg zu den kanarischen Inseln und aufs spanische Festland waren, rückgeschoben. Diese Rückschiebungen fanden in vielen Fällen unter groben Menschenrechtsverletzungen statt – und mit Zutun der Europäischen Union: Frontex, die im Jahr 2005 gegründete Grenzschutzagentur der EU, ist bis weit in den afrikanischen Kontinent hinein aktiv – viele der in Niore gestrandeten Migrant*innen wurden zuvor von Frontex-Schiffen zum Umkehren gezwungen. Die Zahl der Menschen, die dabei ihr Leben verloren haben, geht in die Tausende [1].

Die Karawane fordert asymmetrische Nord-Süd-Verhältnisse heraus

In Niore du Sahel also, an diesem „Hotspot“ der Externalisierung der EU-Grenzschutzpolitik, machte im Jänner 2011 die Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung Station – ein Zusammenschluss von über 250 europäischen und afrikanischen Basis-Aktivist*innen, der sich zum Ziel gesetzt hatte, mittels eines Protest-Zugs durch Mali und Senegal die Ungerechtigkeit, die Victor Nzuzi so treffend zum Ausdruck bringt, zu bekämpfen. Denn die über 15.000 Todesopfer, die das EU-Grenzregime seit den frühen Neunzigern gefordert hat, sind selbstredend lediglich die dramatische Spitze struktureller Unterdrückungs-, Ausgrenzungs- und Ausbeutungsmechanismen. Die Karawane, deren letzte Station das diesjährige Weltsozialforum in Dakar war, setzte sich zum Ziel, sowohl die Ursachen für Flucht und Migration zu beleuchten, als auch antirassistische Kämpfe in Europa und Afrika miteinander zu vernetzen. Oder, politisch übersetzt: Die Aktivist*innen traten sowohl für das Recht zu bleiben als auch für das Recht zu gehen ein. Letzteres besteht heute, wie Victor in seiner eingangs zitierten Wortmeldung deutlich macht, für Rohstoffe, nicht aber für Menschen.



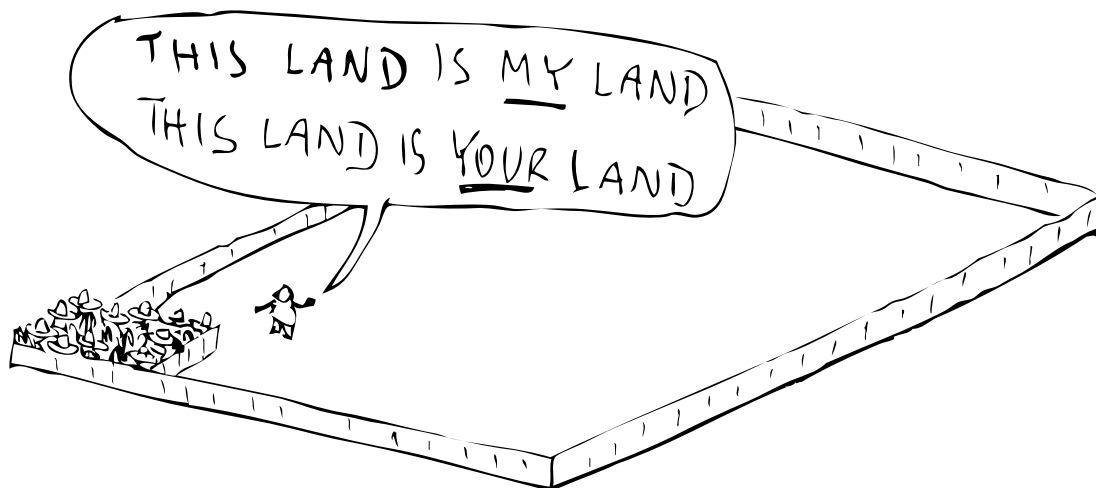
Ursprüngliche Akkumulation und Kämpfe der Migration

Die Rohstoffe, die dem afrikanischen Kontinent und seinen Bewohner*innen entrissen werden, werden unter Bedingungen hergestellt, die Karl Marx einst „ursprüngliche Akkumulation“ nannte. [2] Der Abbau von Gold, Petroleum, Uran oder Coltan ist in dem Sinn voraussetzungsvoll, als dass davor meist Enteignungen in großem Stil stattfinden. Diese betreffen in vielen Fällen subsistenzorientierte Kleinbäuerinnen und -bauern, Viehzüchter*innen oder Jäger*innen, die schlicht gezwungen werden, ihr Land zu verlassen oder denen ihr Land zu Spottpreisen – und oftmals unter massivem Druck – abgekauft wird.

Neben den von Nzuzi genannten Beispielen ist des weiteren das massive Landgrabbing zu nennen, also das Aufkaufen von ganzen Landstrichen durch multinationale Konzerne, Investmentfonds oder Staaten zu Spekulationszwecken bzw. zum Anbau von Export-Kulturen.

Neben dem Raub natürlicher Ressourcen und dem Aufkauf von Land gibt es noch vielfältige andere Umstände, die die Prozesse ursprünglicher Akkumulation in Mali und Senegal begünstigen und vorantreiben: Billigimporte von Lebensmitteln aus Europa, die die lokalen Märkte ruinieren, fehlende Investitionen in ländliche Infrastruktur wie Straßen, Weiterverarbeitungsanlagen, Kooperativen usw. aufgrund von Korruption oder Desinteresse der politischen Eliten, sowie die weitere Ausbreitung der Sahelzone, verstärkt durch den Klimawandel. All diese Faktoren haben in Mali und Senegal dazu geführt, dass die subsistenzorientierte Landwirtschaft immer mehr in Bedrängnis kommt.

Ursprüngliche Akkumulation führt zur Freisetzung von Arbeitskräften. Marx nannte diese im doppelten Sinn frei: Frei von ihren Produktionsmitteln (in unserem Fall also oftmals Grund und Boden) und frei, um ihre Arbeitskraft auf einem anonymen Markt zu verkaufen.



Einzigster Haken: In den meisten (west-)afrikanischen Ländern sind abgesicherte Arbeitsplätze so rar wie gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven im Allgemeinen. Im Gegensatz zum Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts, als Migrant*innen vom Land in den neu entstehenden industriellen Zentren relativ leicht Arbeit finden konnten – wenn diese auch in den meisten Fällen unter äußerst miserablen Bedingungen ausgeübt wurde – warten auf die vertriebenen Bäuerinnen und Bauern in den meisten (west-)afrikanischen Ländern weder rauchende Fabriksschloten noch eine dynamische Arbeiter*innenbewegung. Vielmehr droht Perspektivlosigkeit und Massenarmut in wachsenden Slum-Cities.

Für das europäischen (Sub-)Proletariat gab es von Beginn der Industrialisierung bis zum zweiten Weltkrieg außerdem die beförderte und vollkommen legale Exit-Option der Auswanderung in die „Neue Welt“. Heute wird Migration aus dem globalen Süden militärisch abgewehrt und kriminalisiert.

Was bleibt als Perspektive? Wohl die Er kämpfung der globalen Bewegungsfreiheit und die Rückeroberung der Lebensgrundlagen für die ländliche Bevölkerung.

Ernährungssouveränität und Bewegungsfreiheit zusammen denken!

Vor dem Hintergrund der Zerstörungswucht kapitalistischer Expansion und andauernder neo-kolonialer Zurichtung, sowie angesichts des Krieges, der gegen Flüchtlinge und Migrant*innen an den Außengrenzen der EU geführt wird, versuchte die Karawane die Forderung nach Bewegungsfreiheit und Perspektiven für gerechte Entwicklung zu verbinden. Zu gerechter Entwicklung gehört selbstverständlich die Umsetzung von Ernährungssouveränität. Doch selbst, wenn das „Recht zu bleiben“, sprich das Recht, im eigenen Land unter würdigen Bedingungen leben zu können, durchgesetzt ist, ist das „Recht zu gehen“ nicht weniger wichtig. Denn wie Tahirou Bah, Teilnehmer der Karawane und Aktivist der sozialrevolutionären Bewegung „Mouvement des Sans Voix“ aus Mali betont: „Wenn es gelingt, in Afrika das Wohlergehen der Bevölkerungen wieder herzustellen, werden die Leute nicht mehr zwingend aus ökonomischen Gründen weggehen, sondern vielmehr, um Neues zu erfahren, um sich auszutauschen, um andere Realitäten zu verstehen, um mit anderen zu diskutieren! Nämlich genau so, wie die Europäer*innen es schon die längste Zeit tun können.“

*Dito Alex Behr lebt mal da mal dort und ist im Netzwerk „Afrique Europe Interact“ aktiv.
Kontakt: plastik.meer@reflex.at*

[1] Eine Liste der Toten, die das Europäische Grenzregime seit den frühen 90er Jahren gefordert hat, findet sich unter: <http://www.unitedagainstracism.org/pdfs/listofdeaths.pdf>

[2] http://de.wikipedia.org/wiki/Urspruengliche_Akkumulation

Der Preis der falschen Spielregeln

Die globale Ernährungskrise von 2007/08 war von explodierenden Nahrungsmittelpreisen ebenso gekennzeichnet, wie von unzähligen Hungerrevolten weltweit.

Die seit langem währende Enteignung und Vertreibung von ländlichen Armen wurde durch eine neue Welle des Landraubs und der Ausweitung von Flächen für Agrofuels weiter verschärft. Dazu kam ein Boom der Spekulation mit Agrarrohstoffen. Der Hunger stieg über die Milliardenengrenze. Damit erweist sich einmal mehr, dass das dominante Agrarmodell nicht in der Lage ist, Armut und Hunger zu reduzieren, geschweige denn zu beseitigen.



Geld = Nahrungsmittel

„Die kürzestmögliche Geschichte der Landwirtschaft des 20. Jahrhunderts wäre folgende: Nicht-Bauern und -Bäuerinnen lernen, wie sich mit der Landwirtschaft Geld verdienen lässt.“ (Richard Levins)

Denken wir an einen Hafenarbeiter, der unter widrigsten und härtesten Arbeitsbedingungen Nahrungsmittel auf Schiffe verlädt, die für

Futtermittel in Europa bestimmt sind. Er erhält einen Niedrigstlohn, mit dem er nicht in der Lage ist, seine Familie zu ernähren. In Zeiten von hohen Nahrungsmittelpreisen ist dies besonders zu spüren, da die Ausgaben für Nahrungsmittel zu den höchsten für Arme gehören. Denken wir an eine Frau, die als Straßenhändlerin arbeitet und drei Kinder ernähren muss, während ihr Mann als Tagelöhner auf einer Exportplantage arbeitet. Es ist schwierig, an Geld zu kommen. Das Warenuniversum im Supermarkt ist nicht für sie bestimmt.

Es gehört bei beiden zur Alltagserfahrung, dass es riesige Mengen an Nahrungsmitteln gibt, die aus dem eigenen Land geschafft werden, hin zu jenen, die Geld haben. Und sie müssen die beiden fundamentalen Prinzipien des kapitalistischen Marktes tagtäglich „lernen“: Wenn du Geld hast, bist du dafür vorgesehen, auch Nahrung zu erhalten. Und wenn du kein Geld hast, wirst du hungern. Nicht für jene, die Nahrungsmittel brauchen, wird produziert, sondern für die „kaufkräftige Nachfrage“. Kurzum: Lebensmittel werden zu Waren gemacht. Das ist seit langem die Normalität für Hunderte Millionen Menschen. Verschärft wird ihre Lage dramatisch durch die massiven Preissteigerungen der letzten Jahre. Seit Jahren steigt die Ungleichheit innerhalb und zwischen Ländern rasant. Diese Ungleichheit wirkt in der Ernährungskrise: Die Schwächsten trifft es dabei überall am stärksten. Ermöglicht wurde dies in den vergangenen Jahrzehnten über Politiken der Liberalisierung, durch die Ökonomien des Globalen Südens für den Weltmarkt geöffnet wurden. Dadurch sind viele Länder nicht in der Lage, sich vor steigenden Weltmarktpreisen zu schützen, während gleichzeitig lokale, kleinbäuerliche Landwirtschaft – immer noch die Basis der Welt-ernährung – fortlaufend zerstört wird.

Preise und Macht

„Preise werden nirgendwo anders als am Markt gemacht“ (Corinna Tinkler, REWE-Sprecherin)

„Wenn du glaubst, dass Preise über die Märkte festgelegt werden, dann glaubst du, dass die Milch aus dem Packerl kommt.“ (Dan Bromley)

Derzeit wird Agrarkonzernen, Supermärkten, Investor*innen und Banken ermöglicht, Rekordgewinne zu machen. Auf Kosten von Bauern und Bäuerinnen, Umwelt und zunehmend verarmenden Konsument*innen weltweit.

Es gibt für die Preissteigerungen einige Gründe: Der steigende Ölpreis, der sich darin auswirkt, dass wir über das bestehende Lebensmittelsystem derzeit „Öl essen“. Agrofuels werden produziert, was den „Landhunger“ der Agrodustrie anheizt. Ebenso steigt der Fleischkonsum und damit der Futtermittelbedarf. Dazu kamen Ernteausfälle in weltweit wichtigen Exportregionen. Der Klimawandel macht sich bemerkbar. In diesem Kontext steigen nun Finanzmarktakteur*innen ein, die durch Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulationen zusätzlich zu einer weiteren Instabilität der Märkte beitragen. Auf Kosten jener, die Nahrungsmittel für die Ernährung benötigen. Diese Faktoren sind alle zentral, sie verschärfen die aktuelle Ernährungskrise massiv.

Hungerrevolten: die Spielregel ändern!

Gegenwärtig zeigt sich deutlich, dass es sich hier nicht um ein kurzfristiges Ungleichgewicht handelt. Es zeigt sich die Sackgasse, in der sich das dominante Agrar- und Lebensmittelsystem befindet: Das erdölbasierte, exportorientierte,

industrialisierte – kapitalistische – Agrarmodell kann die Menschen nicht ernähren. Es gilt, ganz unmittelbar die Machtverhältnisse zu thematisieren: Derzeit sind einige wenige Akteur*innen in der Lage, das Agrar- und Lebensmittelsystem sehr weitgehend nach ihren Interessen auszugestalten. Preise sind nicht „naturgegeben“, sondern wesentlich durch Macht- und Kräfteverhältnisse bestimmt. Weiters spiegeln die Preise nicht die tatsächlichen sozialen und ökologischen Kosten wieder, sondern ermöglichen den mächtigen Akteur*innen, ebendiese an Schwächere auszulagern und auf diese zu verschieben. Irgendjemand muss und musste immer diese Kosten bezahlen.

Die Frage ist nicht, warum Konzerne das System ausnutzen. Sie sind dazu da, möglichst hohe Gewinne zu machen und möglichst viele Kosten zu externalisieren. Das sind die gegenwärtigen Spielregeln. Die Frage ist vielmehr, warum ihnen das erlaubt und ermöglicht wird. Die Hungerrevolten sind aktuell eine Antwort von den direkt Betroffenen. Sie erheben nicht nur die Forderung nach dem Zugang zu Nahrungsmitteln, sondern rücken die Forderung nach einem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel ins Zentrum: Es braucht eine demokratische Neugestaltung der Spielregeln. Das lässt sich aus den Hungerrevolten lernen.

Franziskus Forster ist Aktivist bei AgrarAttac.



Super Markt?

Warum Supermärkte nicht so super sind, wie sie heißen.

Wer denkt bei einer hektischen Einkaufstour daran, dass Supermärkte eine zentrale Schnittstelle im globalen Lebensmittelsystem sind? Wer denkt dabei an ihre Rolle in der gegenwärtigen Ernährungs-, Energie-, Klima-, und Wirtschaftskrise?

Seit den 80er-Jahren ist eine massive (globale) Expansionswelle von Supermärkten festzustellen. Heute gehören Supermärkte zu den mächtigsten Akteuren im Lebensmittelgeschäft: In Österreich kontrollieren die drei größten Supermarktketten 80 % des Marktes (Rewe, Spar, Hofer). Kehrseite der Expansion sind Verdrängungsprozesse, die zu Verarmung und Verlust von Existenzgrundlagen führen. Auch unter Supermärkten wird ein harter Verdrängungswettbewerb ausgefochten: Österreich gehört zu jenen europäischen Ländern mit der höchsten Supermarkt-Dichte pro Einwohner*in. Diese Konkurrenz führt zu einem destruktiven Preiskampf, in dem die Supermärkte immer mehr die Standards diktieren: „Höchste Qualität, niedrigster Preis“. Dieser Druck wird direkt an Angestellte, Zulieferer und Bäuerinnen und Bauern weitergegeben.



Hinter die Supermarkt-Regale blicken!

Die Arbeitsbedingungen in Supermärkten sind sehr oft von unbezahlten Überstunden, Lohn-dumping, Gewerkschaftsfeindlichkeit, hohem Überwachungsgrad und prekären Verhältnissen geprägt. Davon sind besonders Frauen und Migrant*innen betroffen.

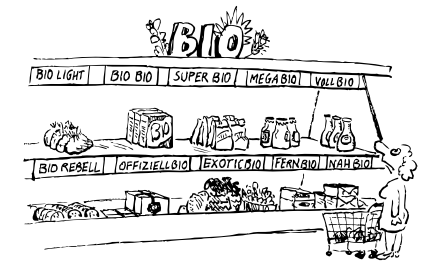
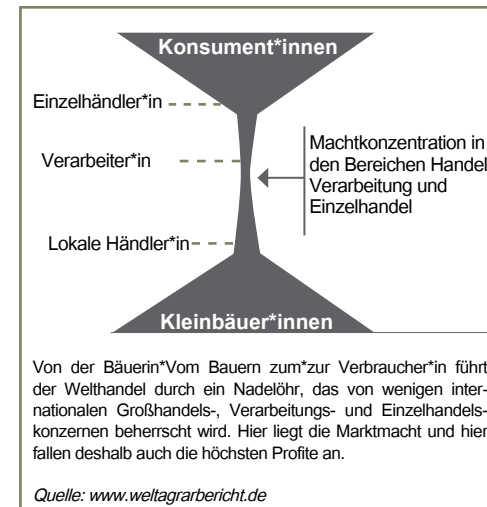
Zugleich liegen die Preise für Bäuerinnen und Bauern weltweit vielfach unterhalb der Produktionskosten und sind mit einer dauerhaften Erfahrung von Entwürdigung und Selbstausbeutung verbunden. Darüber hinaus bedeuten sie eine konkrete Existenzgefährdung. Das ist einer der Gründe, warum die Anzahl kleinbäuerlicher Betriebe ständig abnimmt.

Die negativen Folgen sind unübersehbar. Letztendlich gibt es die vielgepriesenen Supermarktwaren nicht zum Nulltarif. Sie wären ohne systematische Verletzung sozialer Rechte und ökologische Zerstörung überhaupt nicht möglich. Diese Widersprüche zeigen sich immer deutlicher und verschärfen die aktuelle sozial-ökologische Krise. Supermärkte propagieren gerne das Bild, besonders „grün-nachhaltig“ zu sein, z.B. mit der „Ja natürlich“- oder „Zurück zum Ursprung“-Schiene, oder neuerdings dadurch, mit „grüner“ Energie betrieben zu werden. Diese Strategien verschleiern jedoch eher die Probleme, die dem Großteil des Warenuniversums zugrunde liegen. Zudem geraden diese Strategien immer wieder in Konflikt mit dem Profitinteresse, welches wirklichen sozialen und ökologischen Zielsetzungen allzu oft konträr entgegensteht.

Doch sind nicht Supermärkte allein das Problem. Gestützt wird deren Macht durch eine tief verankerte imperiale Produktions- und Lebensweise. Diese baut auf einer kapitalistischen Landwirtschaft auf, deren soziale, ökologische

und energetische Bilanzen negativ sind. Sie ist darauf ausgerichtet, alle Ressourcen in Richtung „kaufkräftige Nachfrage“ zu mobilisieren. Die damit verbundenen Auswirkungen reichen von Bodendegenerierung und Verwüstung als Folge von agroindustriellen Monokulturen, über Treibhausgasemissionen bis hin zu einem absurd hohen Transport-, Energie- und Verpackungsaufwand. Gleichzeitig spielen Supermärkte bei der weiteren Ausbreitung dieser Lebensweise eine Schlüsselrolle. Sie fördern einen „Wegwerf-Kapitalismus“, in dem mittlerweile am Weg vom Feld zum Haushalt 30 bis 50 % der Lebensmittel weggeworfen werden oder verloren gehen.

Die Realisierung einer „Welt ohne Hunger“ ist über Supermärkte nicht vorstellbar: Nicht für die Hungernden, sondern für die Habenden sind die Nahrungsmittel in der „Welt der Supermärkte“ bestimmt. Das Menschenrecht auf Nahrung spielt hier keine Rolle.



Eine Welt ohne Supermärkte?

Derzeit äußert sich die Macht von Supermärkten vor allem darin, dass für viele Menschen eine Welt jenseits von Supermärkten gar nicht vorstellbar erscheint. Viele Menschen wollen auch gar nicht auf die mit Supermärkten verbundenen Wohlstandsversprechen verzichten. Dies wirft viele Fragen auf. Zentral erscheint uns jedoch, die Kehrseiten der Supermarkt-Idylle offen zu kritisieren, anstatt sie – wie heute gängig – auszublenden. Zugleich ist zentral, Kämpfe solidarisch zu unterstützen und entlang der Wertschöpfungsketten konkret zu verknüpfen sowie Alternativen aufzubauen und weiterzuentwickeln. Die Zukunft der Landwirtschaft wird nicht an der Supermarktkasse entschieden, wie uns die Befürworter*innen der Konsument*innendemokratie weismachen wollen. Wir brauchen soziale Bewegungen, die auch die emanzipatorischen Gehalte der Bio- und der Fair-Trade-Bewegung aufnehmen und für einen grundlegenden Wandel der Gesellschaft in der Perspektive der Ernährungssouveränität eintreten. Voraussetzung ist dafür eine umfassende Demokratisierung des Lebensmittelsystems, die die Bedürfnisse aller Menschen und das gute Leben für alle ins Zentrum stellt. Für immer mehr Menschen wird klar, dass die Zukunft der Landwirtschaft und der Ernährung nur gemeinsam und solidarisch mit – und nicht gegen – Kleinbäuerinnen und -bauern, Arbeiter*innen und Umwelt in einer vielfältigen, gerechten und nachhaltigen Landwirtschaft möglich ist. Dies ist eine Zukunft, für die es sich lohnt, einzutreten. Eine Zukunft, die dann uns allen gehört.

Aktionsnetzwerk Supermärkte

CSA – gemeinsam solidarisch landwirtschaften!

„Wir haben beschlossen, die klassische Trennung von Konsumierenden und Produzierenden aufzuheben und sind dabei, eine gemeinsam getragene Kulturform, die sozial verträgliche Landwirtschaft möglich macht, zu entwickeln.“

Das steht selbstbewusst im Faltblatt des Gärtnerhof Ochsenherz bei Wien, wo seit diesem Jahr gemeinsam gelandwirtschaftet wird. Warum eigentlich?

Das Ziel, eine solidarische Form der Landwirtschaft unter nachhaltigen Prinzipien entwickeln zu wollen, kann unter herkömmlichen Marktbedingungen derzeit nur unter dem permanenten Risiko der eigenen Existenz verfolgt werden. Die Ziele des Gärtnerhof Ochsenherz entspringen dem Wunsch, einen „kreislauforientierten Betriebsorganismus“ zu schaffen: Möglichst vielfältige Gemüseproduktion, regionale Versorgung, gerechte Löhne und die nachhaltige Steigerung der Bodenfruchtbarkeit ohne Düngerzukauf, um die wichtigsten zu nennen. Obwohl die Produkte des Gärtnerhofes auf den Märkten reißenden Absatz fanden, war es nicht möglich, in einer Wettbewerbssituation kostendeckend zu wirtschaften. Das Ziel des kreislauforientierten Betriebsorganismus stand im Widerspruch zum Wettbewerbszwang, sich auf „Marktgängiges“ zu spezialisieren. Diese Erfahrung machte der Gärtnerhof über die ersten sieben Jahre des Bestehens. Daraus erwuchs die Motivation, die Art und Weise des Wirtschaftens selbst umzustellen.

Community Supported Agriculture (CSA)

CSA bedeutet wortwörtlich übersetzt „gemeinschaftsgestützte“ Landwirtschaft. Doch ist nicht eine einseitige Beziehung der Unterstützung von der Gemeinschaft an die Bäuerin*den Bauern

angestrebt, sondern die Beziehungen sind in Wirklichkeit vielseitig, zwischen Bäuerin*Bauern, Gemeinschaft und Umwelt.

Eine Gruppe von Menschen (meist aus der Stadt) verbindet sich langfristig mit einem Hof. Sie finanziert den Hof jeweils für ein Jahr im Voraus, übernimmt – gemeinsam mit den Landwirt*innen – das wirtschaftliche Risiko und bestimmt mit, was (und wie) angebaut wird. Dafür erhält diese Hofgruppe die vom Hof hervorgebrachten Lebensmittel ohne Bezahlung.

Der CSA-Ansatz in der Landwirtschaft kam erstmals in den 1960er Jahren auf, als eine frühe Reaktion auf die gesteigerte Industrialisierung der Landwirtschaft und die Ausweitung von großen profitorientierten Nahrungsmittelketten. Heute breiten sich CSA-Projekte weltweit als neue Schlüsselemente von lokalen Ernährungsnetzwerken und als demokratische, solidarische und zukunftsweisende Formen der Organisation von Lebensmittelsystemen aus.

Die Motivationen, bei einer CSA mitzumachen, sind vielfältig: Menschen wollen Nahrungsmittel, auf deren gesundheitliche und geschmackliche Qualität sie sich verlassen können, die ohne Zerstörung von Böden, Wasser, Artenvielfalt, Klima, artgerecht und lokal entstanden sind. Andere suchen auf solchen „Gemeinschaftshöfen“ Ernährungssouveränität unabhängig von Märkten, Banken und Agrarkonzernen. Viele wollen eine bäuerliche Landwirtschaft, bei der sie die Landwirt*innen, die ihre Lebensmittel erzeugen, auch persönlich kennen und mit ihnen solidarisch verbunden sind. Sie suchen in der Hofgruppe für sich und ihre Kinder die Gemeinschaft mit anderen, die Nähe zur Natur, zu den Menschen, Tieren und Pflanzen des Hofes. Bei den Abo-/Biokisten fehlt davon eine ganze Menge, z.B. die Überwindung der „Konsument*innenrolle“

und der Kaufsituation, die enge Verbindung zur gemeinsamen Landwirtschaft samt Risikoübernahme, Mitverantwortung und Mitgestaltung des Gemeinschaftshofes.

Wie funktioniert nun „gemeinsam landwirtschaften“?

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie CSA konkret gelebt werden kann. Beim Gärtnerhof Ochsenherz funktioniert „gela“ so: Es gibt die Möglichkeit, an einem bestimmten Tag der Woche den eigenen Ernteanteil an selbstorganisierten Entnahmepunkten abzuholen. Die Entnahme richtet sich einerseits am eigenen Bedarf, andererseits nach dem Angebot: wo viel da ist – ruhig zulangen; wo Mangelware herrscht – an die Nachkommenden denken. Ziel ist schließlich, dass alle satt werden.

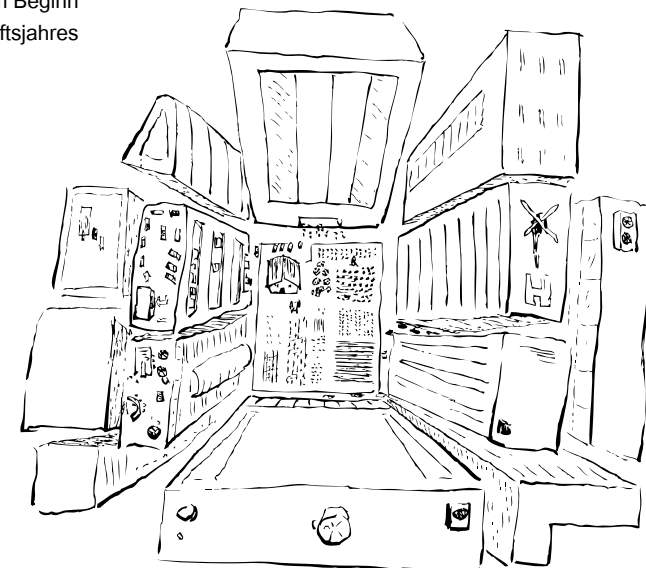
Der monatliche finanzielle Beitrag richtet sich wiederum einerseits an den Jahresausgaben des Gärtnerhofes. Hier sind sowohl Investitionskosten, Reparatur- und laufende Kosten sowie die Lebenserhaltungskosten der Gärtner*innen enthalten. Am Beginn des Wirtschaftsjahres wird auf der

Jahresversammlung das Budget präsentiert, diskutiert und abgestimmt. Gibt es einen Überschuss an Geld, wird dessen Verwendung gemeinsam bestimmt; reicht es nicht, dann kann – in jedem Fall anonym – nachgebessert werden, solange bis das für die Produktion erforderliche Geld beisammen ist.

Andererseits ist der monatliche Beitrag lediglich ein Richtwert, der sich aus der Anzahl der Menschen und den Jahresausgaben errechnet, und von allen nach Selbsteinschätzung gewählt wird – ohne Ausschluss von Personen mit weniger Einkommen und ohne Stigmatisierung oder Entwürdigung.

Kurzum: Gela ist ein sozialer Prozess, der gute Lebensmittel und gemeinsames Produzieren ebenso beinhaltet wie gemeinsames Feiern. Zugleich ein Weg raus aus der Passivität, ein Lernprozess hin zu einem solidarischen Miteinander.

Stephan Pabst [unkontrollierbar.org] ist Mitglied einer Food-Coop, aktiv bei AgrarAttac und war im Entstehungsprozess von *ge_la* beteiligt.



IDEALLAGE FÜR ABOVERKAUF

Zwischen Karotten, Widerstand und Autonomie

Die Beschreibung des Innenlebens einer Wiener Food-Coop. Was das ist, was sie kann und was sie nicht kann.

Zwiebeln, Erdäpfel und Karotten im Holzregal links, daneben aufgestapelte Apfelsaft- und Weinflaschen. Geschäftig rechnen ein paar Leute etwas zusammen, wiegen den Dinkelreis ab und holen sich die Rohmilch aus dem Kühlschrank.

So sieht also das Innenleben einer der Wiener Food-Coops aus. Food-Coop? Richtig, es handelt sich um eine Food-Cooperative, zu Deutsch: Lebensmittelkooperative. Dabei geht es um eine Gruppe von Menschen, die sich zusammenschließen, um ökologisch und sozial gerecht hergestellte Nahrungsmittel von lokalen Produzent*innen zu beziehen. Es gibt mehrere Arten: von kleinen Bestell-Coops über Lager-Coops hin zu sehr großen Mitglieder-Läden, die selbst Angestellte haben, wie dies in den USA teilweise der Fall ist. In Wien befinden sich derzeit drei kleine Lager-Coops und weitere sind gerade am Entstehen.

Und warum so kompliziert?

Gesund, Bio und Fair Trade, das gibt's doch genauso im Supermarkt, könnte mensch meinen. Es geht jedoch um viel mehr:

Food-Coops sind Ausdruck der Kritik am gängigen Agrar- und Lebensmittelsystem, das sehr stark von Supermärkten und der Agrarindustrie dominiert ist. Es geht nicht nur um eine Veränderung über den individuellen Konsum, sondern um die Politisierung des Konsums und des Handels, um die Demokratisierung des Nahrungsmittelsystems, um Widerstand und das Erringen autonomer Handlungsspielräume. Kurz: Es geht um Ernährungssouveränität.

Beim Bio oder Fair Trade der Food-Coops ist

weder die ansprechende Mogel-Verpackung das Wichtige, noch steht das Gütesiegel im Vordergrund. Stattdessen soll gemeinsam bestimmt werden können, worauf es ankommt: Auf die ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Produktionsbedingungen, auf das Ausschalten großer Zwischenhändler*innen, auf geringe Transportwege, auf faire Preise und gleichzeitig leistbare Nahrungsmittel oder auf solidarische Wirtschafts- und Lebensweisen. So finden sich neben den regionalen Karotten und Haferflocken beispielsweise auch Kaffee und Kakao von ähnlich gesinnten lateinamerikanischen Bewegungen im Sortiment.

„Aha, und wie funktioniert das hier genau?“, fragt eine junge Familie, die gerade das Lager zum ersten Mal betreten hat, den Ladendienst. Die Aufgaben, die in einer Food-Coop anfallen, erledigen die Mitglieder selbst. Bestellung, Einkauf, Finanzen, Ladendienst – alles wird in Arbeitskreisen kollektiv organisiert und in regelmäßigen Plena basisdemokratisch entschieden. Haltbare Waren werden auf Vorrat besorgt, Frischprodukte können sich die Personen online wöchentlich vorbestellen. Manche Waren liefern die Hersteller*innen direkt ins Lager, andere müssen selbst vom Hof abgeholt werden. Neben den Aufgaben teilen sich die Mitglieder auch die laufenden Kosten (Miete, Strom), indem sie monatliche Beiträge zahlen. Bei einer der Wiener Food-Coops ist dies über freie Preise geregelt. Damit soll innerhalb der Gruppe eine Art sozialer Ausgleich stattfinden, um nicht die im Kapitalismus vorherrschende Exklusion durch Geldmangel zu reproduzieren.

Food-Coops können noch viel mehr:

Theorie-Kreise, Workshops und Öffentlichkeitsarbeit, Volxküchen, in denen gemeinsam gekocht wird, oder das Einmachen von

Konserven stehen neben dem gemeinsamen Einkaufen oft ebenfalls auf dem Programm. Auch eine Brotbackgruppe gibt es, welche die Food-Coops wöchentlich mit frischem Brot versorgt.

Hin und wieder werden gemeinsam Besuche bei den Bauernhöfen gemacht, um den direkten Kontakt zu wahren. Gemeinsam mit dem Demeter-Bauern Hirsch konnten die Wiener Foodcoops bei einer dieser „Speisereisen“ im Mai 2011 zum Beispiel ihren eigenen Mozzarella machen und Einkaufsangelegenheiten regeln. „Bissl größere Käse-Einheiten könntet's mal bestellen, sonst ist's so viel Arbeit, des immer einzeln zusammenschneiden“, meinte Josef Hirsch. Im Idealfall ermöglichen Food-Coops eine alternative Abnahmestelle zu Supermärkten. Hier ergibt sich oft jedoch das Problem, dass die Lebensmittelgemeinschaften relativ klein sind – etwa 50 Personen pro Food-Coop in Wien – und stark aus dem studentischen Umfeld kommen. In den Ferienzeiten geht darum häufig der Einkauf drastisch zurück. Ein Ziel ist

deshalb, auch gezielt Familien und andere Menschen aus der Nachbarschaft mit einzubinden, um eine gewisse Regelmäßigkeit zu ermöglichen und das Konzept weiter zu verbreiten. Kleine Foodcoop-Einheiten sind für eine hierarchiefreie und basisdemokratische Struktur jedoch auch sehr wichtig.

Ein weiteres Ziel ist deshalb, dass vielmehr zahlreiche kleine Food-Coops entstehen und diese sich gemeinsam vernetzen, Einkäufe zusammen regeln und Kräfte bündeln.

Food-Coops – die Alternative? Nein, die Alternative gibt es wohl nicht. Es gibt vielfältige Wege, „Ernährungssouveränität zu praktizieren“, die je lokal und sozial angepasst sein sollten. Food-Coops passen gut für den städtischen Raum und für Menschen, die ein wenig Zeit in ihre tägliche Nahrungsbeschaffung investieren wollen und können. Durch den damit gelebten Widerstand, die Autonomie und Selbstorganisation stellen sie mehr dar, als nur „Konsument*innen-Demokratie“. Dass es damit immer noch nicht getan ist, ist jedoch auch klar.



Magdalena Heuwieser

ist bei AgrarAttac

aktiv und gerade am Aufbau einer weiteren Food-Coop in Wien beteiligt.



...und in der Stadt?

Warum Ernährungssouveränität und das Recht auf Stadt zusammengehören

Stadtbewohner*innen werden in Bezug auf Ernährung oft nur als Konsument*innen wahrgenommen. Ernährungssouveränität in der Stadt hängt dann von verschiedenen Faktoren ab. Von ausreichendem Einkommen, von der Erreichbarkeit der Geschäfte, von der Mobilität und von der angebotenen Auswahl an Nahrungsmitteln. Sie kann somit auf unterschiedliche Arten erlangt werden: durch höhere Löhne oder durch die Verbesserung des Angebots an biologisch und fair produzierten Produkten, oft erst auf Druck der Konsument*innen. Ernährungssouveränität und nachhaltige Ressourcennutzung gehen häufig Hand in Hand. Kommunalpolitik hat dabei einen großen Einfluss auf die Ernährungssouveränität der Bürger*innen durch die Planung kurzer Wege, durch den Erhalt der Nahversorgung oder durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Durch Sozialpolitik kann ein ausreichendes Einkommen gesichert werden. All das entspricht immer weniger der Realität vieler Menschen in den Städten.

Die Stadt gehört uns!

Die Stadt ist nicht nur gebaute Umwelt. Sie ist auch ein Erzeugnis des alltäglichen Lebens. Sie spiegelt die Abhängigkeiten, Ausgrenzungen und Ungerechtigkeiten, die das Leben kennzeichnen, und bringt diese mit hervor. Dies zu verändern ist für Ernährungssouveränität zentral. Die Kämpfe um Ernährungssouveränität in den Städten sind somit verbunden mit anderen Kämpfen. Denen gegen prekäre Arbeitsbedingungen und denen um die Aneignung des öffentlichen Raumes. Wer macht die neoliberale Stadt? Wer profitiert von ihr? Unter dem Motto „Recht auf Stadt“ stellen Menschen den

Anspruch auf Mitgestaltung ihrer Lebenswelt, eignen sich Räume an, um sie für ihre Zwecke selbstverwaltet zu verwenden. Sie schaffen „urban commons“.

Commons bedeutet die gemeinsame, selbstorganisierte Nutzung von Ressourcen, die einer Gruppe von Nutzer*innen entweder als „Gabe“ (der Natur oder einer Person) zugefallen sind, die kollektiv hergestellt oder aktiv angeeignet wurden. Historisch handelte es sich um Land, auf das die landlosen Bäuerinnen und Bauern Nutzungsrechte hatten und die sie zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse brauchten. Auch aktuell spielen Commons eine wichtige Rolle für Ernährungssouveränität, auf dem Land, aber – auch wenn es auf den ersten Blick erstaunlich sein mag – zunehmend auch in den Städten.

Das Streben nach Ernährungssouveränität nimmt dort vielfältige Formen an: von der Verwertung weggeworfener oder abgelaufener Lebensmittel durch Containern/Dumpstern und den Aufbau von Volkküchen oder der Nutzung von freien Ernteplätzen, Food-Coops und CSA, bis hin zu den verschiedenen Formen des „urban gardening“.

Die Ziele, die damit verfolgt werden, sind ebenso vielfältig. Beim Containern und in Volkküchen geht es häufig explizit um die Entwicklung alternativer Wirtschafts- und Lebensformen, bei der Suche und Kartierung von Selbsternteplätzen geht es darum, Lebensmittel nicht verderben zu lassen, aber auch um den Spaß der gemeinsamen Tätigkeit beim Ernten und Verwerten. Bei der Kooperation mit Produzent*innen im ländlichen Raum ist das Ziel die direkte Solidarität, wobei sich die Kämpfe um Ernährungssouveränität in Stadt und Land verbinden.

Eine besondere Bedeutung unter den „urban commons“ haben Gemeinschaftsgärten. Sie verstärken soziale Beziehungen durch gemeinsames Arbeiten, ermöglichen dabei häufig gerade auch Migrant*innen selbstbestimmte Aktivität, sie verringern Abhängigkeiten, machen gesunde Nahrung auch für sozial Benachteiligte zugänglich, vermitteln das Gefühl einer gewissen Autonomie; in Krisenfällen ist die Grundversorgung gesichert.

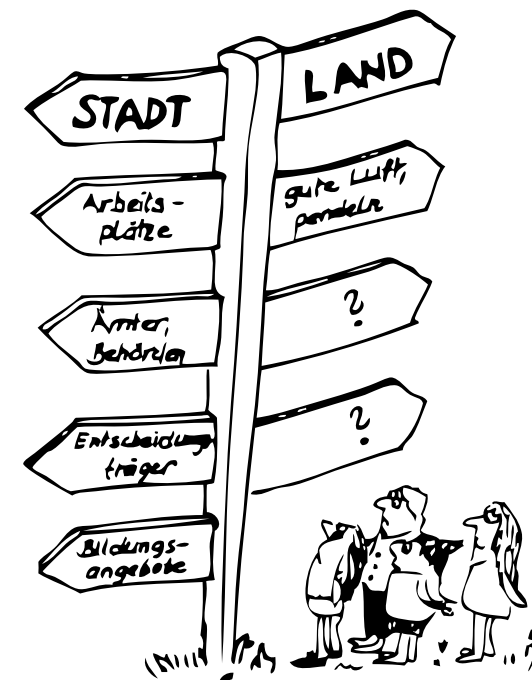
In welcher Stadt wollen wir leben?

Alle diese Initiativen geben Menschen die Kontrolle über Teilbereiche ihres Lebens zurück, sie vergrößern die Entscheidungsspielräume in Bezug auf den Zugang zu Nahrungsmitteln und bieten die Möglichkeit zu gemeinsamem, selbstbestimmtem und sinnstiftendem Tätigsein im Gegensatz zu entfremdeter Lohnarbeit oder Arbeitslosigkeit.

Für Kommunalpolitiker*innen heißt das, bei der Planung nachhaltiger Städte und Gemeinden nicht nur technologische, sondern auch soziale Innovation zu ermöglichen, die autonome Nutzung von Land und Räumen nicht zu verbieten und zu kriminalisieren, sondern zu fördern und zu unterstützen. Das bedeutet Raum für Umsonstläden und Tauschkreise, für Reparaturbetriebe und offene Werkstätten.

Es bedeutet eine Förderung gemeinschaftlicher Wohnformen und Baugruppen, oder die Stärkung der Vernetzung mit den Produzent*innen aus der Umgebung, damit regionale Wirtschaftskreisläufe entstehen können. Damit wird nicht nur die Lebensqualität in der Stadt verbessert, sondern auch die Autonomie und Ernährungssouveränität der Bürger*innen. Kurz: „Gemeinsamer Besitz statt privates Eigentum! Nicht-eigentumsorientierte Modelle, die selbstorganisiert und selbstverwaltet werden, gehören auf die Prioritätenliste aller Kommunen“.

Brigitte Kratzwald ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet zum Thema Commons.



1 <http://commonsblog.wordpress.com/2011/03/19/wenn-kommunalpolitikern-die-commons-nicht-wurst-kase-schnapsegal-sind/>

Sechs Prinzipien der Ernährungssouveränität

Zusammenfassung Nyeleni-Bericht

Ernährungs-souveränität	Wofür steht Ernährungssouveränität?	Wofür steht sie nicht?
1. Vorrang für die Ernährung der Bevölkerung	Ernährungssouveränität stellt das Recht auf ausreichende, gesunde, kulturell adäquate Ernährung für alle Individuen, Völker und Gemeinschaften, inklusive jener, die an Hunger leiden, in besetzten Gebieten und Konfliktzonen leben oder marginalisiert sind, in den Mittelpunkt der Ernährungs-, Landwirtschafts-, Viehzucht- und Fischereipolitik.	Sie weist die Behauptung der Lebensmittelindustrie zurück, dass Lebensmittel eine Ware wie jede andere sind.
2. Wertschätzung der Lebensmittelhersteller*innen	Ernährungssouveränität würdigt und unterstützt die Praktiken von Frauen und Männern, Bäuerinnen und Bauern und Hirt*innen, Fischer*innen, Waldbewohner*innen, Indigenen und Landarbeiter*innen sowie Migrant*innen, die kultivieren, wachsen lassen, sammeln und Lebensmittel herstellen, und respektiert deren Rechte.	Sie weist jegliche Politiken, Aktionen und Programme zurück, die die Produzent*innen entwerten, ihre Subsistenzmittel bedrohen und zu ihrem Verschwinden beitragen.
3. Etablierung von lokalen Produktionssystemen	Ernährungssouveränität nähert die Produzent*innen und Konsument*innen einander wieder an und stellt sie ins Zentrum der Entscheidungsprozesse über Ernährungsfragen. Auf den lokalen Märkten schützt sie die Produzent*innen vor Dumping durch Importe und durch Nahrungsmittelhilfen, sie schützt die Konsument*innen vor ungesunder und degenerierter Nahrung, vor unangemessener Lebensmittelhilfe und vor Lebensmitteln, die mit GVO (Gentechnisch Veränderte Organismen) verseucht sind.	Sie erlaubt es, sich gegen Institutionen, Abkommen und Praktiken zu wehren, die nicht nachhaltig sind und ungerechten internationalen Handel vorantreiben bzw. davon abhängen und transnationale Konzerne mit beträchtlicher und ungerechtfertigter Macht ausstatten.



4. Stärkung der lokalen Kontrolle	Ernährungssouveränität legt die Verwaltung des Landes, des Bodens, der Weiden, des Wassers, des Saatguts, der Tiere und des Fischfangs in die Hände der lokalen Produzent*innen und respektiert ihre Rechte. Sie können sie benutzen und sie nach sozial und ökologisch nachhaltigen Kriterien aufteilen, die die Bewahrung der Vielfalt erlauben. Ernährungssouveränität erkennt die Tatsache an, dass lokale Territorien nicht immer die geopolitischen Grenzen respektieren, und erlaubt den lokalen Gemeinschaften, ihre Territorien zu bewohnen und zu nutzen. Sie unterstützt die Abstimmung und das kollektive Handeln von Produzent*innen unterschiedlicher Regionen sowie von unterschiedlichen Sektoren und trägt damit zu einer Lösung von internen Konflikten bzw. von Konflikten mit lokalen oder nationalen Autoritäten bei.	Sie weist die Privatisierung von natürlichen Ressourcen auf das Schärfste zurück, sei es durch Gesetze, durch Handelsabkommen oder durch intellektuelle Eigentumsrechte.
5. Der Aufbau von Wissen und Fertigkeiten	Ernährungssouveränität baut auf dem Wissen und den Fertigkeiten von lokalen Produzent*innen und lokalen Organisationen auf, welche Produktionssysteme und lokale Kulturen entwickeln sowie erzeugen. Deswegen ermöglicht sie die Entwicklung von angemessenen Forschungsprogrammen, die zukünftige Generationen nicht bedrohen.	Sie weist alle Technologien zurück, die die Produzent*innen oder zukünftige Generationen unterwerfen, bedrohen oder verseuchen, z.B. die Gentechnik.
6. Arbeit mit der Natur	Ernährungssouveränität nützt die Umweltressourcen mittels Praktiken und Produktionsmethoden, die agrarökologisch und diversifiziert sind, wenig Inputs verbrauchen, die Ökosysteme optimieren sowie die Resilienz und die Anpassung speziell an den Klimawandel verbessern. Sie versucht, die Erde zu heilen, damit die Erde uns heilen kann.	Sie verweigert Praktiken, die Ökosysteme schädigen, wie Monokulturen und intensive Tierhaltung, welche enorm viel Energie verbrauchen, zerstörerische Fischfangpraktiken und andere industrielle Produktionsmethoden, die die Umwelt zerstören und zum Klimawandel beitragen.

Quelle: Buch „Ernährungssouveränität“, siehe Literatur-Verzeichnis hinten

More than just gaps in the GAP

Wenn es um die gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) geht, ist ein „weiter wie bisher“ keine Option. Statt Lücken auszubessern braucht es vielmehr eine grundlegende Veränderung bei der GAP-Reform 2013.

An Reform-Vorschlägen und Optionen mangelt es auch von Seiten der EU nicht. Hier ein Öko-Zuckerl, dort ein bissl mehr Geld für kleinbäuerliche Landwirtschaft. Gleichzeitig werden wichtige Entscheidungen, wie die Abschaffung der Milchquoten bis 2015, sowieso beschlossen; von den eigentlichen Ursachen für die gravierenden Probleme wird abgelenkt. Das kürzlich erschienene Buch „Ernährungssouveränität“ beschreibt die vielfachen Krisen, welche die GAP hervorgebracht hat:

Einerseits ist eine **gesundheitpolitische Krise** aufgrund der ungesunden, industriell gefertigten Nahrung offensichtlich. Eng damit zusammen hängt die **ökologische Krise**, also die gravierenden ökologischen Folgen durch die Industrialisierung und deren Beitrag zum Klimawandel. Auch eine **soziale Krise** brachte die GAP hervor: 1990 gab es beispielsweise in der damaligen EU-12 insgesamt acht Millionen landwirtschaftliche Einheiten, 2000 nur mehr 6,6 Millionen. Auch eine hohe geografische Konzentration der Produktion macht die soziale Ungleichheit deutlich: Acht EU-Mitgliedsstaaten

produzieren 80 % der pflanzlichen Produkte, 73 % der Viehwirtschaft konzentriert sich auf sieben EU-Staaten. Die derzeitige Verteilung der öffentlichen Gelder, von denen 73% in nur 20% der Betriebe fließen, verschärft die Einkommensunterschiede zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben in Europa. Des Weiteren befindet sich die GAP in einer **demokratischen Krise**. Während offiziell die EU-Kommission, der Europäische Rat der Landwirtschaftsminister*innen und das EU-Parlament für die GAP-Entscheidungen verantwortlich sind, spielen tatsächlich die Lebensmittelindustrie-Lobbys eine zentrale Rolle. Vor allem die Freihandels-Doktrin der Welthandelsorganisation (WTO) verunmöglicht seit den 90er Jahren eine demokratische und auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtete Agrarpolitik. Dass die GAP auch **international** in der **Krise** ist, bezeugt ihre maßgebliche Beteiligung an der Zerstörung der Märkte in anderen Ländern, am steigenden Fleischkonsum, am Agrartreibstoff-Boom und somit letztendlich an der globalen Hungerkrise.

Eine kurze Geschichte der GAP

Die GAP wurde im Rahmen der EU-Vorläuferin EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) in Zeiten der Nahrungsmittelknappheit 1962 beschlossen. Zu den zentralen Zielen gehörte, den gemeinschaftlichen Binnenmarkt durch Zölle und Subventionen vor dem Weltmarkt zu

schützen und die Produktivität zu steigern. Durch bereitgestellte Exportsubventionen konnten entstehende Überschüsse zu Dumping-Preisen auf dem Weltmarkt verkauft werden – mit gravierenden Auswirkungen auf nicht subventionierte Agrarmärkte anderer Länder. Tatsächlich hatten sich somit die Kosten (aufgrund von Subventionen und billigen Preisen) und die Umweltschäden (aufgrund der Überproduktion und Industrialisierung) erhöht.

Um gegen die Belastung des EWG-Budgets vorzugehen, wurden in den 80er Jahren ein paar wenige Obergrenzen festgelegt, beispielsweise eine Milchquotenregelung, welche jedoch aufgrund der zu hohen Bemessung den Export zu Dumping-Preisen weiterhin ermöglichte und strukturelle Asymmetrien verfestigte. Die folgenden – stark von der Freihandels-Doktrin der WTO beeinflussten – GAP-Reformen bauten die wichtigen Regulationsinstrumente immer weiter ab. Der geforderten Abschaffung der Exportförderungen konnte die EU durch die Einführung von entkoppelten Direktzahlungen entgehen. Das Interesse der einflussreichen Nahrungsmittelkonzerne an Überproduktion, billigen Preisen und Exportorientierung war einfach zu groß.

Aufgrund der stärkeren Macht von Entwicklungs- und Schwellenländern in den WTO-Verhandlungen und dem Stillstand der Doha-Runde seit 2008 setzt die EU nun auf bilaterale und biregionale Freihandelsabkommen, um die letzten noch bestehenden protektionistischen Maßnahmen anderer Länder abzubauen und deren Märkte zu gewinnen. Durch einen vorgeschobenen Diskurs von Menschenrechten, Demokratie und „Assoziierung“ werden die harten Wirtschaftsinteressen erfolgreich verdeckt.

Für eine radikale Reformierung

Angesichts der erkennbaren Krisen-Ursachen der GAP wird deutlich: Die Globale Wettbewerbsfähigkeit kann nicht mehr das Ziel sein,

die Freihandelsdoktrin muss abgelöst werden. Stattdessen braucht es marktregulierende und demokratisierte Instrumente und Fördermaßnahmen, welche die Überproduktion und die Schädigung anderer Regionen verhindern und agro-ökologische Produktion sowie faire Preise sichern.

Über 150 Organisationen und Bewegungen haben in einer **European Food Declaration** ihre Ziele formuliert. Eine neue gemeinsame Agrar- und Lebensmittelpolitik muss Nahrung als Menschenrecht sehen und nicht als Ware. Sie muss ökologischen und sozialen Kriterien entsprechen, muss der Machtkonzentration auf einige Wenige entgegenwirken, für eine gerechtere Verteilung sorgen und die Gestaltung demokratisieren. Kurz: Keine kleinen Ausbesserungen der GAP sind gefordert, sondern ein grundlegender Wandel, in dem Ernährungssouveränität zum neuen Paradigma wird.

Magdalena Heuwieser und Franziska Kohler

studieren in Wien, sind in verschiedenen Kontexten aktiv und Mitglieder des Redaktionsteams der GBW.



BAUER IST NICHT GLEICH BAUER



Gleiche Rechte am Bauernhof?!

„Es ist unsere unermüdliche Aufgabe, von Grund auf an einem Gesellschaftsmodell zu arbeiten, in dem alle Menschen, Männer und Frauen, jegliche Gewalt in allen Formen überwinden: ökonomische, soziale, physische, psychische, sexuelle und ökologische Gewalt. Wir müssen sicherstellen, dass unser Modell KEINE Toleranz gegenüber Gewalt zeigt.“

Deutlicher könnte es der Aufruf zur globalen Kampagne von La Via Campesina zum „Ende der Gewalt gegen Frauen“ nicht ausdrücken. Auch der Frauenarbeitskreis der ÖBV-Via Campesina Austria hat sich im Jahr 2010 das Thema der ökonomischen Gewalt an Bäuerinnen zum Schwerpunkt gemacht. Viele selbstbewusste Bäuerinnen suchen mit ihrem Partner einen gleichberechtigten Lebensweg, aber erschreckend viele Bäuerinnen sind auf Grund von Traditionen, fehlendem Bewusstsein der Umgebung, sozialer Kontrolle oder aus männlicher Bequemlichkeit gefangen in Situationen der Gewalt. Solche festgefahrenen Muster werden irgendwann als normaler Zustand angesehen, alle Beteiligten spielen ihre Rolle und in irgendeiner Form haben alle darin ihre Aufgaben. Diese Rollenmuster aufzuzeigen und aufzubrechen ist uns im Frauenarbeitskreis ein Anliegen.

Welches sind nun ökonomische Schlüsselfragen für Frauen am Land in punkto Gewalt?

Beginnen wir mit den Grundrechten zum Hof: Wer besitzt den Hof mit allem drum und dran? Ist der Hof im gemeinsamen Besitz, mit den dazugehörigen Rechten, wie z.B. auf öffentliche Fördergelder? Es gibt kuriose Konstrukte, wo der Hof dem Mann gehört, die Frau zwar die Betriebsführerin ist, auch die Arbeit am Hof macht, und dennoch die Grundentscheidungen der auswärts arbeitende Mann trifft. Dass Mann und Frau als gleichberechtigtes Betriebsführer*innenpaar den Hof leiten, ist, neben dem Mitbesitz des Hofes, eine der wichtigsten Forderungen der Via Campesina-Frauen Europas. Eine Bäuerin, die auf dem Hof ohne Mitbesitz und Betriebsführung arbeitet, mag zwar einen Pensionsanspruch haben, ist jedoch bloß Arbeiterin ohne Arbeiterinnenrechte, Freiwillige oder mitarbeitendes Familienmitglied. Die schwache Stellung wird bei Entscheidungen über die Entwicklung des Hofes und Investitionen augenfällig. Wird der Kuhstall zwecks Aufstockung des Kuhbestandes vergrößert oder in die Direktvermarktung investiert? Hat hier der Mann das Sagen oder wird gemeinschaftlich über die Zukunft des Hofes, die Arbeit und damit das Leben auf dem Hof entschieden?

Welche Argumente zählen mehr?

Kann sich die Bäuerin Überblick über die finanzielle Situation des Betriebes verschaffen? Hat sie überhaupt Zugang zu Geld oder muss sie ihren Mann darum fragen?

Ein zweischneidiges Schwert ist die Einheit von Arbeitsraum und Wohnraum auf dem Hof, die es für die Bäuerin oft schwierig macht, über ihre Freizeit zu verfügen. Kann sie wegfahren, sich mit anderen Menschen treffen, sich mit Inhalten beschäftigen, die sie interessieren? Oder werden nur betriebs- und einkommensförderliche Seminarinhalte als Grund zum Wegfahren akzeptiert? Verhindert die soziale Kontrolle eine ganzheitliche Entwicklung der Bäuerin? Besonders bei Mehrgenerationenhaushalten stellt sich auch die Frage, ob die Bäuerin genug Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten hat. Wer vertritt den Hof nach außen? Wer unterschreibt Anträge, verhandelt mit Geschäftspartner*innen, geht zu Versammlungen? Wer engagiert sich politisch in Gemeinderäten, Genossenschaften, Agrarpolitik? Und schließlich eng zusammenhängend mit diesen Fragen: Wie ist die häusliche Arbeit – Kinder, Küche, Altenbetreuung – zwischen den Geschlechtern verteilt? Ist die Bäuerin so ans Haus gebunden und mit immer wiederkehrender Versorgungsarbeit eingedeckt, dass sie sich sowieso um nichts Anderes kümmern kann?

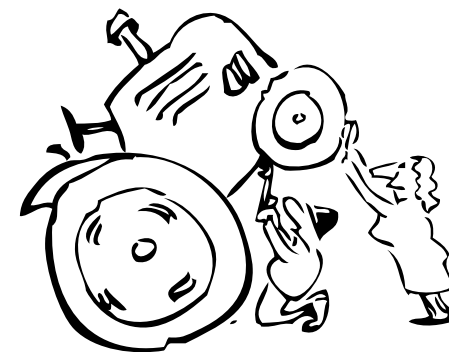
Verstärkt das Wirtschaftssystem Gewalt?

Das kapitalistische Wirtschaftssystem spielt ohne Zweifel eine entscheidende Rolle im ökonomischen Hofgefüge. Das in Österreich übliche Muster der ungerechten Entlohnung bei gleicher Leistung von Mann und Frau setzt sich im landwirtschaftlichen Betrieb mit anderen Erscheinungen fort. Bäuerinnen ergeht es nicht anders als weiblichen Angestellten oder Arbeiterinnen.

Am Hof kommt oft die dominierende Sorge um die Existenz und das wirtschaftliche Überleben des Betriebes dazu. Da muss eben dann härter, fester und mehr gearbeitet werden. Themen wie Gleichberechtigung oder ökonomische Gewaltstrukturen am Hof werden eher als Luxus betrachtet, denn als wirtschaftlich förderlich. Die Opfer, von Bauern und Bäuerinnen für die Vergrößerung und Profitsteigerung ihres Betriebes erbracht, machen sie erst recht zu Opfern des Kapitalismus. Ernährungssouveränität bedeutet, sich für die Überwindung dieser Gewaltstrukturen einzusetzen. Eine Überwindung von Armut und Hunger auf dem Weg in ein zukunftswürdiges Agrar- und Lebensmittelsystem ist ohne umfassend veränderte Geschlechterverhältnisse nicht denkbar.

(Veränderte Fassung aus der Zeitschrift der ÖBV-Via Campesina Nr. 315, Nr. 5/2010)

Maria Vogt ist Kleinbäuerin und aktiv bei der ÖBV-Via Campesina Austria. **Karin Okonkwo-Klampfer** ist Geschäftsleiterin und Referentin für Bildungsarbeit bei der ÖBV-Via Campesina Austria.



Biolandwirtschaft = Bäuerliche Landwirtschaft?

Auf den ersten Blick scheint ja meistens alles klar zu sein. Natürlich ist Biolandwirtschaft bäuerliche Landwirtschaft. Was soll also das Fragezeichen im Titel?

Als Biobäuerinnen und -bauern arbeiten wir mit der Natur zusammen und nicht gegen sie und vor allem achten wir auf möglichst geschlossene Kreisläufe auf unseren Betrieben. Dennoch wirft die Entwicklung des Biolandbaus spätestens seit dem Eintritt der großen Supermärkte in die Bio-welt einige Fragen auf.

Der energetische und stoffliche Kreislauf auf dem Hof ist ein Ideal, das in der Wirklichkeit nie erreicht werden kann. Denn als Produzent*innen von Lebensmitteln verlassen diese unseren Hof, um andere Menschen zu ernähren. Doch das Loch kann größer oder kleiner sein. Auch die biologische Landwirtschaft, zumindest in der industrialisierten Nordhemisphäre, ist auf viele Inputs von außen angewiesen.

Ohne Erdöl kein Bauernhof

Wenn heute im Zusammenhang von Peak Oil über unsere erdölabhängige Gesellschaft nachgedacht wird, können wir uns auch als Biobäuerinnen und -bauern nicht mehr herausnehmen. Der Einzug des Erdöls in die Landwirtschaft hat zu einer enormen Rationalisierung der Agrarproduktion geführt und abertausende Menschen aus dem Primärsektor herausgespuckt. Weiters sind Nebenerwerb, Intensivierung der Flächen, Verlust der Artenvielfalt und Verlust traditionellen Wissens heute dominante Tendenzen.

Wie produzieren wir, wenn uns der Ölhahn zuge-dreht wird? Sollten wir uns nicht jetzt schon auf eine postfossile Landwirtschaft einstellen? Wie ist so ein Einstieg in den Ausstieg aus der

fossilistischen Landwirtschaft, möglich? Eine Bewegung in die Richtung wird nur möglich sein, wenn sich die Gesamtgesellschaft in diese Richtung bewegt. Dennoch können wir Bäuerinnen und Bauern eine Vorreiter*innenrolle in diesem Prozess wahrnehmen, in der wir versuchen müssen, möglichst viele andere Menschen zu überzeugen und auf unserem Weg mitzunehmen.

Futter von weit her

Eine weitere Vergrößerung des Lochs im Stoffkreislauf des Hofes waren und sind die Futtermittelzukaufe. Früher war bäuerliche Landwirtschaft zwingend Kreislaufwirtschaft und bodenabhängig. Die zunehmenden Futtermittelimporte führten zu überhöhten Tierbeständen, deren Mist und Gülle die knappen Felder und Wiesen überdüngten. Auch im Biolandbau ist die Abhängigkeit von Futtermittelimporten augenscheinlich. Wir stehen vor dem Problem, dass wir mit Tieren arbeiten, die wir nicht mehr selber, also hofeigen, füttern können. Ein großer Teil des Futters kommt von weit her – das ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Da ist Dünger in meinem Bio

Auch die Handelsdüngemittel reißen den Stoffkreislauf weiter auf. Zwar sind im biologischen Landbau synthetische und mineralische Dünger verboten, dennoch gibt es ein Angebot in Hülle und Fülle, da der wirtschaftliche Druck



immer mehr zunimmt. Dass die Bio-Hilfsstoffliste mittlerweile 115 Seiten umfasst und problemlos auch Produkte von Syngenta und Bayer gefunden werden können, wirft weitere Fragen auf. Der Biolandbau, der sich historisch gegen die Industrialisierung und Chemisierung der Landwirtschaft wehrte, ist heute selber zu einem interessanten Markt für die weltweit dominierenden Agrokonzerne geworden. Während Syngenta in Südamerika weiter in Europa verbotene Mittel verkaufen und für eine Agrarreform kämpfende Kolleg*innen der brasilianischen Landlosenbewegung ermorden lassen kann, verkaufen sie uns hier Produkte für den biologischen Pflanzenschutz und verweisen auf ihr Engagement für den Biolandbau mit ihrer Nachhaltigkeitsstiftung.

Agrar-Ökologie

Bedenklich ist auch, wie sich eine konventionelle Denkweise im Biolandbau eingenistet hat und zur Mehrheitsmeinung geworden ist. Gibt es ein Pflanzenschutzproblem, wird der Schädling oder die Krankheit gesucht, um ihn direkt zu bekämpfen. Immer weniger wird versucht, Pflanzenschutz- oder Gesundheitsprobleme ganzheitlich zu ergründen und Antworten zu suchen. Diese Inputabhängigkeit hat in Südamerika auch dazu

geführt, dass sich ländliche soziale Bewegungen vom Biolandbau abgewendet und sich der „Agroecología“ zugewandt haben. Sie wollen möglichst unabhängig und selbstbestimmt produzieren und leben, die Früchte ihrer Arbeit in ihrem Land absetzen und nicht transatlantische Nischenmärkte besetzen. Denn nur indem sie ihre gesellschaftliche Wichtigkeit und Notwendigkeit in ihrem eigenen Land unter Beweis stellen können, werden sie ihre gesellschaftliche Lage verbessern. Wie die Biopioniere einstmal, sehen die Exponenten der Agrarökologie die Lösung in der Schaffung eines durch hohe Artenvielfalt stabilen Agrarökosystems. Ein System, welches sich in sich selber ausgleicht und stabilisiert. Doch der Trend zur Spezialisierung und Monokulturalisierung wegen des wirtschaftlichen Druckes geht in die entgegengesetzte Richtung. Um diese Entwicklung umzukehren, müssen Strategien entwickelt werden, die über den bäuerlichen Tellerrand hinausschauen und die ganze Gesellschaft grundlegend transformieren. (gekürzte Fassung aus der Zeitschrift der ÖBV-Vía Campesina Nr.317, Nr. 2/2011)

Reto Sonderegger ist Sekretär bei Uniterre und seit Juli 2011 Biobauer im Nordosten Argentiniens.



Es rappelt im Karton der Festung

Puzzleteile einer europäischen Bewegung für Ernährungssouveränität: Reclaim the Fields! und das Hofkollektiv Wieserhoisl stellen sich vor.

Unsere Leben sind voller Geschichten. Geschichten, die uns unsere Eltern erzählt haben, als wir noch Kinder waren, Geschichten, die wir lesen, und Geschichten, die wir uns selbst erzählen. Manche vermitteln Moral, manche unterhalten uns und manche geben uns Einblicke in die Leben anderer.

„In einer Welt, beherrscht durch Geschichten von Geld und Macht, in der Geld und Macht steuern, wie Geschichten erzählt werden, wollen wir unsere eigenen Geschichten erzählen.“¹

Diese, unsere Geschichten, handeln von der Suche nach Land, von Wegen, Zugang zu Land zu finden, von Saatguttausch, von neuen Wegen, unsere Nahrung anzubauen, zu verarbeiten und zu verteilen, vom Zusammenleben, und von vielem mehr...

Im Folgenden sollen zwei dieser Geschichten erzählt werden.

Geschichte No. 1: Reclaim the Fields!

„Wir sind überall“ – Reclaim the Fields (RTF) ist eine Konstellation, bestehend aus verschiedensten Individuen, Projekten und Kollektiven, die versuchen, die vielfältigen Geschichten politischer Kämpfe, Widerstandsformen und Alternativen zu verknüpfen und Kräfte zu bündeln.

Reclaim the Fields ist keine Organisation.

Reclaim the Fields besteht nicht aus den immer gleichen Personen. Eigentlich ist Reclaim the Fields eine Homepage, Mailinglisten und ein fortlaufender Prozess, der auf den halbjährlich stattfindenden Versammlungen und den alle zwei Jahre stattfindenden Camps seine Zusammenführung findet.

Wir sind eine Gruppe von Bäuer*innen, Landlosen, Landarbeiter*innen, Gärtner*innen und zukünftigen Bäuer*innen sowie anderen Menschen, die die Kontrolle über die Produktion unserer Lebensmittel wiedergewinnen möchten.

Wir unterstützen bäuerliche Landwirtschaft, speziell unter jungen Menschen und Stadtbewohner*innen, alternative Lebensformen sowie das Konzept der Ernährungssouveränität – erweitert durch die Idee der Ernährungsautonomie, welche die Unabhängigkeit der

Bewegung von Staaten und Nationen betont. Durch kooperative, kollektive, unabhängige, und an den wirklichen Bedürfnissen orientierte Produktion in kleinem Umfang können so Alternativen zum Kapitalismus geschaffen werden.

Wir setzen Theorien in die Praxis um und verbinden lokale praktische Aktionen mit globalen politischen Kämpfen. Um das zu erreichen, wollen wir sowohl lokale Aktionsgruppen neu aufbauen als auch mit bestehenden Gruppen kooperieren. So wird gleichzeitig an verschiedenen Themen gearbeitet, die insgesamt durch die gemeinsame Vision verbunden sind. Das ist der Grund dafür, warum wir uns entschieden haben, keine homogene Gruppe zu sein: um die Vielfalt der Akteur*innen, die das Modell der kapitalistischen Nahrungsmittelproduktion bekämpfen, nicht einzuschränken. Unsere Offenheit kennt allerdings auch Grenzen. Wir weisen jede Form von Autorität und Hierarchie zurück. Wir werden keine Form von Diskriminierung akzeptieren oder tolerieren – egal ob sie auf Herkunft, Religion, Geschlecht, Nationalität, sexueller Orientierung oder sozialem Status beruht.

So arbeiten wir gewaltfrei und respektieren stets die Natur und alle Lebewesen. Jeder Form von Ausbeutung anderer Menschen werden wir aktiv entgegentreten. Mit derselben Kraft und Energie wollen wir gleichzeitig mit Freundlichkeit und Mitmenschlichkeit handeln, um Solidarität zu einer konkreten Alltagspraxis werden zu lassen.

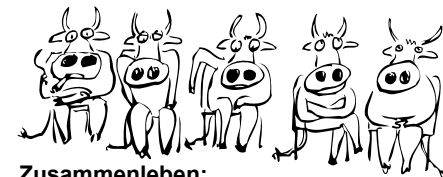
Wir unterstützen die Visionen und Kämpfe von La Via Campesina. Ihre Kenntnisse und Erfahrungen aus jahrelangem Aktivismus und bäuerlichem Leben wollen wir teilen und mit den Perspektiven von denen bereichern, die keine – oder noch keine – Bäuer*innen sind. Wir leiden alle unter den Konsequenzen derselben Politik und sind somit Teil desselben Kampfes.

(abgeänderter Textauszug von RTF)

Geschichte No. 2: das Wieserhoisl erzählt

Wir, das Hofkollektiv Wieserhoisl, sehen uns als Teil eines Netzes von anderen Höfen, Initiativen und Projekten, die für andere Welten kämpfen. Wir haben uns aus der Ohnmacht der Ausweglosigkeit befreit und uns als Ziel gesetzt, an einer vielfältigen, besseren Gesellschaftsform zu bauen.

Wie die Welt von morgen aussieht und was wir in dieser Welt brauchen werden, darauf gibt es nicht nur eine Antwort, sondern viele verschiedene Ansätze und Versuche. Unsere ganz persönlichen ersten Schritte der Umsetzung in die Praxis sind folgende:

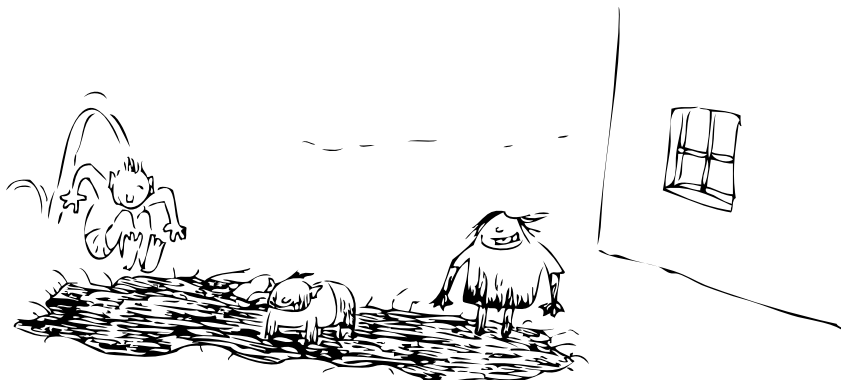


Zusammenleben:

Wir leben im Sinne einer „großen Familie“ in einem Haushalt zusammen. In diesem Haushalt hat jedes Mitglied eine gleichwertige Stimme, somit entscheiden wir im Konsens. Ohne „Chef*in“ bemühen wir uns um ein bedürfnisorientiertes Umgehen miteinander und nehmen uns Zeit und Raum, um Konflikte zu bearbeiten und um unser soziales Lernen voranzutreiben. Das Zusammenleben in einer größeren Gruppe ermöglicht uns ein Leben, in dem wir unsere verschiedenen Qualitäten und Kompetenzen bündeln und in dem wir uns solidarisch unterstützen können. Viele Köpfe und viele Hände machen nun mal viel mehr möglich.

Teil davon ist auch eine gemeinsame, solidarische Ökonomie. Alle eingebrachten finanziellen Mittel tragen zur Deckung der Kosten des Alltags, sowie individueller Bedürfnisse bei. Hierbei ist es uns vor allem wichtig, gängige Bewertungssysteme von Arbeit aufzubrechen.

WARUM KINDER AUF DEM LAND
GLÜCKLICHER SIND



WEIL HIER DRECK NOCH DRECK IST

Subsistenzlandwirtschaft, Hausarbeit oder Kinderbetreuung haben denselben Anspruch auf Wertschätzung wie bezahlte Erwerbsarbeit. So kann jede*r dem Bedürfnis nach einer sinnvollen, seinen*ihren Talenten und Wünschen angepassten Tätigkeit folgen. Nicht zuletzt wollen wir Zeit und Raum haben für Entspannung, für unsere Kinder, Spaß und Spiel und die schönen Dinge im Leben.

Zuwendung zu Grund und Boden: Wir möchten uns von gesunden Nahrungsmitteln ernähren und von einer vielfältigen Umwelt umgeben sein. Darum fördern wir alte, sowie angepasste Sorten, die Vielfalt im Garten, im Wald und an verschiedenen Lebensräumen. So schaffen wir Raum für Biodiversität und Puffer für natürliche Veränderungen.

Unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse konsumieren wir in erster Linie selbst. Überschüsse werden an Familienangehörige, Freund*innen und städtische Netzwerke (in erster Linie an Grazer und Wiener Food-Coops) verteilt.

Was wir zusätzlich an Lebensmitteln benötigen, kaufen wir möglichst lokal bzw. regional oder erwerben diese durch Austausch von Produkten oder Dienstleistungen.

Netzwerke bilden: Wir sehen uns als Teil einer internationalen Bewegung von Menschen, die sich für andere Welten engagiert. In diesem Sinne schließen wir uns mit anderen Initiativen zusammen, um Theorie in Praxis umzusetzen und Erfahrungen auszutauschen.

Vielfalt leben: Unser Hof ist auch ein Ort, der Raum für nicht kommerzielle Veranstaltungen

bietet, wie für Klausuren verschiedener Initiativen, Theater- & Tanzworkshops, Clownerie, Kino, politische Treffen, etc.

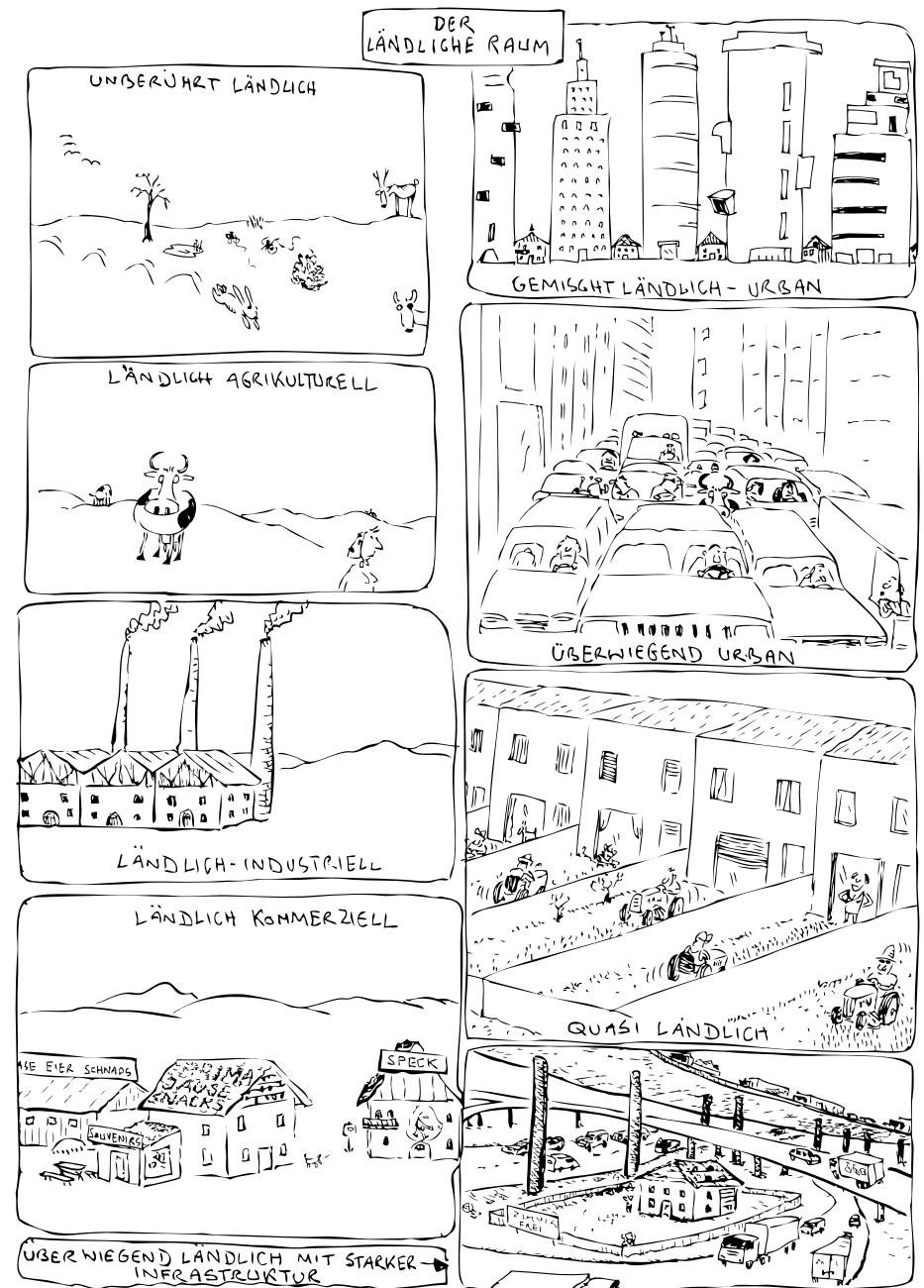
Unsere Vision ist es, ein Netz aus freien Orten (Höfe, Werkstätten, Food-Coops, Hausprojekte, freie/selbstverwaltete Schulen/Kindergärten, etc.) zu schaffen, in denen wir bedürfnisorientierte Autonomie leben können.

(abgeänderter Textauszug Dossier Wieserhoisl)

Vier Jahre lang hat **Mira Palmisano** im Hofkollektiv Wieserhoisl gelebt, geliebt, gearbeitet, sich gefreut und sich geärgert. Seit September 2010 macht sie das in Wien und arbeitet für ÖBV-Via Campesina Austria.



1 Zitat von P.E.D.A.L.: www.100daystopalestine.org



Literatur, Links, Kontakte

...zum weiterlesen, vertiefen und aktiv werden!

Ernährungssouveränität, globale Landwirtschaft

- Dokumentation des Weltagrарberichts (IAASTD): www.weltagrарbericht.de
- Welternährung und globale Landwirtschaft: <http://www.agrardebatte.de/>
- Food Movements Unite! <http://www.foodmovementsunite.org/>
- Uwe Hoering: Reportagen und Analysen: <http://www.globe-spotting.de/>
- Foodfirst Institute: <http://www.foodfirst.org/>
- Transnational Institute – Agrarian Justice: <http://www.tni.org/work-area/agrarian-justice>
- Raj Patel, Blog und Homepage des Aktivisten und Forschers: www.rajpatel.org
- Landwirtschaft in Österreich: www.bauernkonflikte.at
- Pan-African Voices for Freedom and Justice: <http://www.pambazuka.org>
- Food Crisis and the global land grab: www.farmlandgrab.org
- GRAIN: <http://www.grain.org/front/>
- Climate Justice Now! <http://www.climate-justice-now.org/>
- Supermärkte: <http://www.supermarktmacht.de/>
- Saatgut: <http://www.saatgutkampagne.org/>
- Gentechnik: www.keine-gentechnik.de
- Kritischer Agrarbericht: <http://www.kritischer-agrarbericht.de>
- ETC Group: Who will feed us? Questions for the Food and Climate Crises: <http://www.etcgroup.org/en/node/4921>
- Story of Stuff (Kurzvideo): <http://www.storyofstuff.com/international/>

• Commons: www.commonswiki.org/ und <http://www.gemeingueter.de>, <http://commonsblog.de>

• Recht auf Stadt: www.rechtaufstadt.org und <http://www.rechtaufstadt.net/>

• Frauenarbeitskreis ÖBV-Vía Campesina und Video „Klappe auf“:
<http://www.viacampesina.at/cms/aktuelles/gleiche-rechte-am-bauernhof.html>

• La Via Campesina's Globale Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen:

http://www.viacampesina.org/en/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=20&Itemid=39

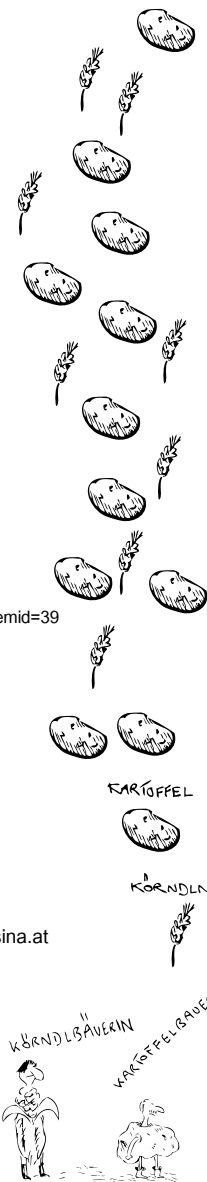
• Broschüre "Peripherie & Plastikmeer.

Globale Landwirtschaft - Migration - Widerstand": <http://no-racism.net/article/2548>

• Dokumentarfilm „...denn wir leben von der gleichen Luft“: DVD, 45 min. OmU: dt/fr
D 2011. Produktion: A. Plöger/S. Weber: www.timecode-ev.org

Bewegungen, Initiativen und Organisationen

- Erstes globales Forum für Ernährungssouveränität: www.nyeleni.org
- Europäisches Forum für Ernährungssouveränität: <http://www.nyelenieurope.net>
- La Via Campesina: <http://viacampesina.org>
- ÖBV-Vía Campesina Austria: www.viacampesina.at
- ÖBV-Zeitschrift „Wege für eine BÄUERLICHE ZUKUNFT“: Bestellbar über www.viacampesina.at
- AgrarAttac: <http://community.attac.at/agrarattac.html>
- FIAN: www.fian.at
- Agrarbündnis Österreich: www.agrarbuenndnis.at
- European Food Declaration: <http://www.europeanfooddeclaration.org/declaration/de>
- Reclaim the Fields: www.reclaimthefields.org
- Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung: www.afrique-europe-interact.net
- Urban Gardening and Guerilla Gardening Wien: <http://gggardening.blogspot.eu>
- Österreichisches Netzwerk von Gemeinschafts-, Nachbarschafts- und interkulturellen Gärten: www.gartenpolylog.org



• People's Grocery - Healthy Food for Everyone: www.peoplesgrocery.org

• NETS - Netzwerk für nachhaltiges Leben: www.netwerk.at

• Selbsterntfelder Österreich: www.selbst-ernte.at und Mundraub: www.mundraub.org

• Interaktive Karte der solidarischen Ökonomie: <http://vivirbien.mediavirus.org>

• Kostnix-Läden in Österreich: <http://www.umsonstladen.at>

• Transition Austria: <http://transitionaustria.ning.com/>

• Solidarische Ökonomie: <http://www.solidarische-oekonomie.at/>

• Alternativenforen: www.alternativenforen.at

• Initiative in Deutschland: <http://www.meine-landwirtschaft.de/>

• Agrarpolitisches Sommerspektakel: <http://sommerspektakel.posterous.com>

• Bericht über die Hofkollektiv-Reise - Kontakt: agrartac@attac.at

• Weltweites Netzwerk für Solidarische Landwirtschaft: <http://www.urgenci.net>

• Solidarische Landwirtschaft in Deutschland: <http://www.solidarische-landwirtschaft.org>

• Gemeinsam Landwirtschaften in Österreich: <http://ochsenherz.at>

• Food-Coop-Wikipedia: <http://coops.bombina.net/wiki/Hauptseite>

• Karte Food-Coops in Deutschland und Österreich: http://maps.yourgmap.com/v/m_l3_Foodcoops.html

• Der Food-Coop-Gründungsleitfaden: <http://food-coop-einstieg.de/>

• D'Speis (1080 Wien): <http://www.speis.org> und Bioparadeis (1180 Wien): <http://www.bioparadeis.org/>
Fresskorb (1140 Wien), Krautkoopf (Graz): <http://foodkoop.spektral.at>

Bücher:

• Bello, Walden (2010): Politik des Hungers. Assoziation A

• Bernstein, Henry (2010): Class Dynamics and Agrarian Change. Fernwood Publishing

• Bové, José; Dufour, Francois (2001): Die Welt ist keine Ware. Bauern gegen Agromultis. Rotpunktverlag

• Brand, Ulrich et al. (2007): ABC der Alternativen.

Von „Ästhetik des Widerstands“ bis „Ziviler Ungehorsam“. VSA Verlag

• Choplin, Gérard / Strickner, Alexandra / Trouvé, Aurélie (2011): Ernährungssouveränität.

Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa. Mandelbaum Verlag.

• Davis, Mike (2004): Die Geburt der Dritten Welt. Assoziation A

• Desmarais, Annette Aurélie (2007): La Via Campesina. Globalization and the Power of Peasants. Fernwood Publishing

• Demirovic, Alex et al. (2011): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. VSA Verlag

• Depelchin, Jacques (2008): Hungry for a voice: The food crisis, the market, and socio-economic inequality <http://www.pambazuka.org/en/category/comment/52480>

• Habermann, Friederike (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Ulrike Helmer Verlag

• Hoering, Uwe (2007): Agrar-Kolonialismus in Afrika. Eine andere Landwirtschaft ist möglich! VSA Verlag

• Patel, Raj (2007): Stuffed and Starved. The Hidden Battle for the World Food System. Portobello Books

• Raj Patel (2010): The Value of Nothing. Was kostet die Welt? Verlag Riemann

• Pimbert, Michel (2009): Towards Food Sovereignty: Reclaiming autonomous food systems

<http://www.iied.org/natural-resources/key-issues/food-and-agriculture/multimedia-publication-towards-food-sovereignty-re>

• Wissen, Markus (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen. Westfälisches Dampfboot

• Wittman, Hannah et al. (2011): Food Sovereignty. Reconnecting Food, Nature and Community. Fernwood Publishing.

